**: antifaschistische nachrichten** **Nr. 7**

g 3336 5.4.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

## NPD-Provokation verhindern!

ESSEN. Nach längerer Pause wollen in Essen wieder faschistische Gruppen aufmarschieren. Die NPD ruft zusammen mit einem Teil der Kameradschafts-Szene zu einer Kundgebung in der Fußgängerzone in Essen-Borbeck auf. Der Termin: Samstag, 21. April. Die Kreisverbände von WASG und Die Linke.PDS haben dazu aufgefordert, alles zu tun, um diese Provokation zu verhindern.

Die NPD ist zwar bisher nicht verboten worden, sie steht mit ihrem Programm und mit ihrem Gestus jedoch in der Tradition der NSDAP. Dabei stellt sich die NPD offensichtlich immer mehr in die nationalrevolutionären Traditionen des Hitler-Faschismus. „Gegen den Kapitalismus“ ist das Motto ihrer Kampagne, im Aufruf polemisiert die NPD gegen die Globalisierung und sorgt sich um den „deutschen Arbeiter“ – natürlich nicht um seine Kolleginnen und Kollegen aus Italien, der Türkei oder Tunesien.

Solche Demagogie sollte gerade die Gewerkschaften zum Protest herausfordern. Das Antifaschistische Forum hat vorsorglich bereits auf 48 Plätzen in ganz Essen Kundgebungen angemeldet. Dazu gehören auch die Plätze, die an den von der NPD angemeldeten Bereich grenzen. Ein Treffen des Runden Tisches gegen Rechtsextremismus und Rassismus will einen „Borbecker Aufruf“ gegen den NPD-Aufmarsch initiieren.

Die Kampagne der NPD im Vorfeld des 1. Mai – an diesem Tag ruft sie zu einer Demonstration in Dortmund auf – ist Teil des Versuchs der NPD, sich kommunalpolitisch zu verankern. Sie will bei der Kommunalwahl 2009 in möglichst viele Rathäuser einziehen. Stadtspitze und Rat dürfen nicht schweigen, sondern sollten deutlich machen: Nazis sind in Essen unerwünscht!

*Wolfgang Freye* ■

**Inhalt:**





## Ostermärsche 2007

Zu mehr als 70 Veranstaltungen und Demonstrationen laden Friedensinitiativen zu Ostern ein. Eine der größten dürfte der Ostermarsch für die FREIe HEIDe am „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide werden, wo am Ostersonntag u.a. der Theologe Eugen Drewermann, Ministerpräsident Matthias Platzeck und Major Florian Pfaff beteiligt sind. Die meisten Aktionen im Bundesgebiet starten am Ostersamstag. Der Ostermarsch Ruhr führt in drei Tagen von Duisburg nach Dortmund. Bereits am So., 1. April führte der vorgezogene Potsdamer Ostermarsch zum „Deserteurs-Denk-Mal“ auf dem Platz der Einheit. Abgeschlossen werden die Ostermärsche ntraditionell mit größeren regionalen Kundgebungen am Ostermontag u.a. in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Hamburg, Kassel und Nürnberg. Auch der Ostermarsch Sachsen-Anhalt führt am Ostermontag zur Colbitz-Letzinger Heide.

Die Ostermärsche wenden sich gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr und rufen zu den G8-Protesten nach Heiligendamm. Gefordert wird der Truppen-Abzug aus Afghanistan und Irak, der massive Anstrengungen für politische Lösungen und Verstärkung der zivilen und wirtschaftlichen Unterstützung beinhalten soll. Auf massiven Protest stößt deshalb die beschlossene Entsendung der deutschen Tornados nach Afghanistan, die eine unmittelbare Einbindung des deutschen ISAF-Kontingents in die „Enduring Freedom“- Kampfeinsätze der US-Alliierten zur Folge hat und zur weiteren „Irakisierung“ Afghanistans beiträgt. Die Ostermärsche warnen auch vor den laufenden Kriegsvorbereitungen der USA gegen den Iran.

**Infos unter: www.friedenskooperative.de**

# Gewerkschaftsrat ver.di unterstützt Kampagne zum NPD-Verbot

**Das zwischen den Gewerkschaftstagen höchste Gremium der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat in seiner Sitzung vom 7./8. März 2007 in Leipzig einstimmig eine Unterstützungsresolution beschlossen.**

**Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates – Unterstützung eines NPD-Verbotsverfahrens**

ver.di unterstützt die Kampagne „no-npd“ der VVN-BdA, mit der der Bundestag aufgefordert wird, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg zu bringen.

Seit über 40 Jahren agiert in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die Handlungsgrundlage auch für die Gewerkschaften ist, ab.

Die NPD propagiert Gewalt und bietet Gewalttätern eine politische und soziale Heimat. Sie ist damit für ein geistiges Klima verantwortlich, aus dem heraus immer mehr Übergriffe gegen AusländerInnen, Juden, Homosexuelle, politisch Andersdenkende und gegen die mühsam entwickelte demokratische Kultur in Deutschland erfolgen.

Solange die NPD den grundgesetzlich geschützten Parteienstatus genießt, ist der Rechtsstaat gezwungen, sie zu finanzieren, ihre Veranstaltungen zu schützen, öffentlichkeitswirksame Auftritte oder Immobilienkäufe zu ermöglichen.

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Eingeschleuste Informanten können auf Dauer kein Argument sein, ein Verbotsverfahren zu unterlassen. Observationen und vor allem die systematische Auswertung öffentlicher Quellen lassen ein Verbotsverfahren auch ohne eingeschleuste Informanten zu.

Ein Verbotsverfahren ist kein Ersatz für die politische Auseinandersetzung mit braunem Gedankengut und erübrigt erst recht nicht die Auseinandersetzung mit den Ursachen des neuen Rechtsradikalismus. Im Gegenteil: ein Verbotsverfahren ergänzt diese Auseinandersetzung, indem die demokratische Gesellschaft eindeutig Position bezieht und Grenzen setzt.

*Beschlossen in der Sitzung am 7./8. März in Leipzig* ■

führen Brandenburg und Sachsen die Statistik an. *PM Petra Pau* ■

## CDU-Stadtrat vor Gericht

KREFELD. Weil er der Bundeswehr eine Krawatte mit Nazi-Symbolen angeboten hatte, steht der Krefelder CDU-Stadtrat Wolfgang Feld nun vor Gericht. Der Mitinhaber der Feld GmbH, die auf Sonderanfertigungen von Schals, Tüchern und Krawatten spezialisiert ist, hatte einem Vertreter der Bundeswehr eine Krawatte angeboten, die ein Wikinger-Schiff auf einer Erdkugel zeigt. Umrahmt von einem goldfarbenen Eichenlaubkranz ist auch ein Reichsadler zu sehen, der auf einem Hakenkreuz steht. Nach Angaben Felds hatte dieser die Krawatte bereits 1981 für eine Marinekameradschaft hergestellt, die während des 2.Weltkriegs an einer Kap-Hoorn-Umseglung teilgenommen hatte. Das Angebot, das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße von 1000 Euro einzustellen, hatte Feld abgelehnt. Er sei „nicht bereit, für so einen Schwachsinn 1000 Euro zu zahlen". Am 27. März wurde Feld wegen Verwendung von NS-Symbolen zu einer Geldstrafe in Höhe von 3300 Euro verurteilt. *hma* ■

## GfP-Kongreß in Thüringen

THÜRINGEN. Die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (GfP) will vom 11.-13. Mai ihren „Deutschen Kongreß" im „Großraum Südthüringen" durchführen. Als Redner auf dem Kongreß, der unter dem Motto „Im Namen der Gerechtigkeit !" Politik im Würgegriff der Justiz" stattfinden soll, werden u.a. Gert Sudholt, Harald Neubauer, Hans-Ulrich Kopp, Peter Stöckicht, Ludwig Bock und Prof. Pierre Vial angekündigt. Aus „seinem Arrest in Rom direkt zugeschaltet" wird der wegen NS-Kriegsverbrechen inhaftierte Erick Priebke, der diesjährige Träger des „Huttenpreises" der GfP.

*hma* ■

## Ulfkotte plant Partei

BERLIN. Der Publizist und ehemalige FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte plant die Gründung einer Partei „gegen die Islamisierung Deutschlands". Dies solle auf der Mitgliederversammlung des Vereins „Pax Europa" im Mai diskutiert werden. Der Ende letzten Jahres gegründete Verein, dem Ulfkotte vorsteht, will „den Erhalt der Wertegemeinschaft der christlich-jüdisch geprägten europäischen Kultur" und wendet sich gegen eine angeblich „schleichende Islamisierung" in Europa. So findet man auf der Webseite des Vereins („Für Europa – gegen Eurabien") jede Menge reißerische Meldungen die an die wachsende Anti-Islam-Stimmung anknüpfen. Dies ist weder seriös noch „wertneutral", wie es die Satzung des Vereins vorgibt. Beifall gibt es dafür vom rechten Rand der Republik, der die Veröffentlichungen Ulfkottes mit Wohlwollen betrachtet. Die „Junge Freiheit" hatte Ulfkotte wiederholt interviewt. Der mittelständische „Bund der Selbständigen" empfing ihn als Gast. Die am rechten Rand beheimatete „Schweizerzeit" lud den Publizisten als Referenten ein. Angeblich will eine „kleine Zahl" von Bundestagsabgeordneten der CDU zu der möglichen neuen Partei wechseln, die „Christlich-Ökologische Partei" heißen könnte. *hma* ■

## Fruchtbringende Gesellschaft

KÖTHEN/ANHALT. In Köthen ist die Wiedergründung der „Neuen Fruchtbringenden Gesellschaft" erfolgt. Der Sprachverein war 1617 gegründet worden und verstand sich als Zentrum der Sprach- und Literaturdebatte in Deutschland. Wiedergegründet wurde die „Vereinigung zur Pflege der deutschen Sprache" als Dachverband für mehrere Sprachvereine wie der „Aktion Deutsche Sprache" (Hannover), dem „Sprachrettungsklub Bautzen" und der Gesellschaft „Palmbaum". Auch die Zeitung „Deutsche Sprachwelt" des „Verein für Sprachpflege e.V." gehört dazu. Für sie wurde Schriftleiter Thomas Paulwitz als Beisitzer in den Vorstand der Gesellschaft gewählt. Der ist Autor in der „Jungen Freiheit", die ihn im vergangenen Jahr mit ihrem „Löwenthal-Preis" auszeichnete, und war 2003 Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik". Vorsitzende der Gesellschaft ist die Hochschulprofessorin für Computerlinguistik und Fachübersetzen, Uta Seewald-Heeg. Die Pläne, die wiedergegründete Gesellschaft zu einem Anziehungs- und Ausstrahlungspunkt der Sprachpflege im deutschen Sprachraum zu machen, werden auch vom Köthener Bürgermeister Kurt-Jürgen Zander unterstützt. *hma* ■

## Auch im Januar 2007 wieder viele rechtsextreme Straftaten

BERLIN. Die Januarzahlen der registrierten rechtsextremen Straftaten liegen nahezu auf Augenhöhe mit den 2006er Extremwerten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau hervor. Im Januar 2007 wurden bundesweit 909 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 58 Gewalttaten. In absoluten Zahlen wurden die meisten Straftaten für Nordrhein-Westfalen ausgewiesen, verglichen mit der Einwohnerzahl

## Neonaziprovokationen zum Tag der Arbeit am 1. Mai

BERLIN. Neonazis wollen am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeit, bundesweit auf die Straße gehen. Das bestätigte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Mit nationalistischer Demagogie versuchen die Rechtsextremen, Profite aus den sozialen Folgen der neoliberalen Regierungspolitik zu schlagen. „Statt Globalisierung – Ausbildungs- und Arbeitsplätze für uns Deutsche in Deutschland" lautet in altbekannter Nazimanier das Motto einer NPD-Demonstration am 1. Mai in Nürnberg.

Neonazistische „Freie Kameradschaften" aus rund 20 Städten, die NPD sowie die faschistische Niederländische Volks Union mobilisieren zur größten rechtsextremen Mai-Demonstration mit bis zu 1000 Teilnehmern nach Dortmund. NPD-Funktionäre haben weitere Aufmärsche in Nürnberg, Raunheim und Rüsselsheim sowie in Erfurt mit jeweils mehreren Hundert Teilnehmern angemeldet.

„Die Bundesregierung verweigert die Auskunft über die Demonstrationsrouten. Für Dortmund machte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die Aufmarschstrecke der Neonazis bekannt. Im Dortmunder Stadtteil Brackel berührt sie unter anderem den jüdischen Friedhof, Gedenkorte für die Opfer des Faschismus. Zur Route gehört außerdem der Ort, an dem im Jahr 2000 der 31-jährige Neonazi Michael Berger einen Polizeibeamten erschoss," so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke.

„Antifaschistinnen und Antifaschisten und die Gewerkschaften dürfen eine solche Naziprovokation nicht hinnehmen – schon gar nicht am Tag der Arbeit. Ich schließe mich daher dem Aufruf der VVN-BdA an, sich am 1. Mai im Dortmunder Osten einzufinden, um jeden Stolperstein, jeden Friedhof, jede Mahntafel für die Widerstandskämpfer und den Ort der Judendeportationen gegen die Faschisten zu verteidigen."

*Ulla Jelpke, Do., 29.3.2007* ■

## Protest gegen „pro NRW"

DORMAGEN-NIEVENHEIM. Etwa 130 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten am Sonntag gegen eine erste „Großveranstaltung" der „Bürgerbewegung pro NRW" in Dormagen-Nievenheim.

„Pro NRW" war erst vor kurzem von Akteuren aus dem Spektrum der extrem rechten Bürgerbewegungen „pro Köln"

bzw. „pro Deutschland“ gegründet wurde. Die Polizei schützte den Veranstaltungsort, die Gaststätte „Zum Anker“ in Nievenheim, mit einem großen Aufgebot. Auch Pfefferspray setzte sie gegen die AntifaschistInnen ein. Ein Antifaschist wurde festgenommen.

In der Gaststätte selbst lauschten – gut beschützt – etwa 70 Personen den Reden von „Pro NRW“-Chef Markus Beisicht (Burscheid) und Harald Neubauer. Der ist Mitherausgeber der 1951 von Alt-Nazis gegründeten Zeitschrift „Nation & Europa“ (Coburg), die auch von der „Pro Köln“-Jugendzeitung „OBJEKTIV“ beworben wird. Neubauer war in den 80iger Jahren die rechte Hand des „Republikaner“-Bundesvorsitzenden und früheren Waffen-SS-Mannes Franz Schönhuber. Anfang der 90iger Jahre wechselte Neubauer – wie auch Beisicht – zur neu gegründeten „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. 2005 kandidierte er als Parteiloser auf der Liste der NPD.

In der Nievenheimer Gaststätte hatten im vergangenen Jahr bereits Veranstaltungen des extrem rechten „Dienstags-Gesprächs“ um Hans-Ulrich Pieper aus Berlin stattgefunden. *abk* ■

## NPD-Schulungszentrum in Morbach-Gonzerath vor dem Aus

GONZERATH. Das hatte der Hunsrück lange nicht erlebt: Trotz starker Windböen, Nieselregen und Kälte, sagten an die 2.000 Menschen in dem kleinen Hunsrückdorf Gonzerath „nonpd!“.

In der alten Schule in Gonzerath hat sich die NPD eingenistet. Ein Schulungszentrum der Neonazis soll hier entstehen, zukünftige kommunale Mandatsträger der Partei für ihre zukünftigen Aufgaben als Gemeinderäte oder Stadträte ausgebildet werden.

„Kein Nazizentrum in Gonzerath und anderswo“, „Die rechtsextreme NPD darf nicht toleriert werden, denn Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen“, so hieß es unter anderem in dem Aufruf zu einer Protestkungebung am Samstag den 3.3.2007, den über 70 Vereine, Organisationen und Gruppen unterzeichnet hatten.

Großen Anklang fand die Kampagne der VVN/BdA „nonpd“. Weit über 1.500 Zeitungen wurden verteilt, zahlreiche Unterstützerunterschriften gesammelt und die Aufkleber der Kampagne fanden reißenden Absatz. Hunderte hatten sich die Aufkleber an ihre Jacke oder Mütze geklebt, auf denen es heißt: „nonpd – NPD Verbot jetzt!“

Inzwischen sind die Pläne der rheinland-pfälzischen NPD für ein Schulungszentrum in Morbach-Gonzerath aber durchkreuzt worden. Der Morbacher Bürgermeister gab jetzt bekannt, dass die

*Fortsetzung Seite 4*

# Wird das Opfer zum Täter gemacht?

### Solidarität mit Angelo Lucifero

ERFURT. Am 15.3. marschierten rund 50 Neonazis bei einer Kundgebung des Sozialbündnisses in Erfurt auf und griffen u. a. den Kollegen Angelo Lucifero tätlich an. Dieser wehrte sich mit einer Schreckschusspistole, worauf es zu skandalösen Verlautbarungen der CDU und in der Presse kam und sich Teile der Gewerkschaften von Angelo distanzierten. Spontan haben sich darauf hin die „GewerkschafterInnen gegen Rechts“ gebildet. Sie protestieren gegen die Gleichsetzung von rechtsextremen Angriffen und Selbstverteidigung sowie gegen Distanzierungen aus dem Kreise der Gewerkschaften und unterstützen den Kollegen Angelo Lucifero.

Als erste Sofortaktion haben sie eine Briefkampagne an die Gewerkschaftsorganisation gestartet und bitten, den nachfolgenden Offenen Brief zu unterzeichnen. Wer den Brief unterstützen oder einen individuellen Brief verfassen möchte, schickt ihn bitte direkt an die folgenden Adressen:

Thomas Voss, Landesbezirksleiter ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (thomas.voss@verdi.de)

Steffen Lemme, Landesvorsitzender DGB Thüringen (steffen.lemme@dgb.de)

Stefan Körzell, Landesbezirksvorsitzender DGB Bezirk Hessen-Thüringen

gewerkschafterinnengegenrechts@goodmails.de zur Kenntnis

#### Offener Brief von GewerkschafterInnen gegen Rechts

Lieber Kollege Voss,
lieber Kollege Lemme,
lieber Kollege Körzell,
bestürzt haben wir erfahren müssen, dass unser Kollege Angelo Lucifero am 15.3. zum wiederholten Male in der Öffentlichkeit von Neonazis angegriffen wurde und sich diesmal mit einer Schreckschusswaffe zur Wehr setzen musste.

Wir erwarten von der Gewerkschaft ver.di und vom DGB, dass er unserem Kollegen Lucifero jede mögliche Unterstützung zukommen lässt, sich vorbehaltlos hinter ihn als engagierten Gewerkschafter stellt und öffentlichen Schmähungen durch CDU und andere entschieden entgegen tritt.

Tätliche Angriffe und Bedrohungen rechtsextremer Schlägertrupps gehören für MigrantInnen und AntifaschistInnen in Thüringen zum Alltag — während die Polizei oft genug wegsieht. In dieser Situation möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, dass nicht Angelo Luciferos Notwehrhandlung, sondern die Zustände, die dazu geführt haben, ins Zentrum der Auseinandersetzung gehören. Dazu zählt auch, dass es einer größeren Gruppe Nazis am Donnerstag den 15.3.07 in Erfurt gelungen ist, an einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus „teilzunehmen“ und Kundgebungsteilnehmer anzugreifen, ohne dass die Polizei einschritt oder die Organisatoren der Kundgebung dazu in der Lage gewesen wären. Überraschend kann dies nicht gewesen sein, versuchten doch neofaschistiche Organisationen schon mehrfach, Kundgebungen der sozialen Initiativen auch in Erfurt zu besetzen und ihre TeilnehmerInnen einzuschüchtern.

Zu diesen Zuständen gehört nicht zuletzt, dass beim letzten öffentlichen Auftreten von „Freien Kameradschaften“ und NPD Thüringen am 9. Februar in der Erfurter Bahnhofstraße Polizei und Neonazis gemeinsam gegen AntifaschistInnen vorgegangen sind und die anwesenden Beamten nicht eingriffen haben, als Angelo Lucifero von Neonazis niedergeschlagen wurde. Viele von uns kennen Situationen wie diese aus eigener Erfahrung und möchten unmissverständlich festhalten: Das Thüringer Gewaltproblem heißt stillschweigend geduldeter Naziterror und nicht Selbsthilfe der Betroffenen.

Wir wenden uns als engagierte Gewerkschaftsmitglieder an unsere Organisation und erwarten, dass Angelo Lucifero die volle Unterstützung erhält, insbesondere auch gegenüber der CDU-Landtagsfraktion, die sich nicht gegen die rechtsextremen Angreifer, sondern gegen den Angegriffenen stellt und in Selbstverteidigung ein „zweifelhaftes Demokratieverständnis“ sieht. Einige der 135 Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland 1990 - 2005 würden vermutlich noch leben, hätten sie sich verteidigen können. Statt Passivität gegenüber rechtsextremen Gewalttätern zu verlangen, muss die Thüringer Regierungspartei endlich deren potentielle Opfer wirksam schützen.

*GewerkschafterInnen gegen Rechts* ■

199 Personen und Gruppen haben bisher den Offenen Brief zu den Vorkommnissen am 15. März in Erfurt unterschrieben (siehe unten). Darüber hinaus gibt es einige individuelle Solidaritätserklärungen und Briefe an die Adressaten.

Die Adressaten Steffen Lemme (DGB Thüringen), Stefan Körzell (DGB Hessen-Thüringen) und Thomas Voss (ver.di Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen) haben bisher nicht reagiert.

*(Stand 27. März 2007)*

*Fortsetzung von Seite 3*

Gemeinde die „Alte Schule" im Ortsteil Gonzerath vom jetzigen Eigentümer zurückgekauft hat. Die Gemeinde habe von dem Rückkaufrecht Gebrauch gemacht, das 2001 in dem Kaufvertrag vereinbart worden sei. In dem Kaufvertrag habe sich der Käufer verpflichtet, ein bezugsfertiges Wohn- und Bürogebäude zu errichten, was aber nicht passierte. Die Frist für die Errichtung eines solchen Baus war im Januar abgelaufen.

Das Gebäude war von der NPD Rheinland-Pfalz erstmals im Oktober 2006 als „Stützpunkt" genannt worden. Anfang Dezember veranstaltete sie dort ihren Landesparteitag, ab Anfang dieses Jahres sprach sie von einem „Schinderhannes-Zentrum" in der „Alten Schule", das sie zur Schulung ihrer Funktionäre benutzen wolle. Der Eigentümer hatte der NPD allerdings das Gebäude gar nicht vermietet, sondern kostenfrei zur Verfügung gestellt – ihm ging es vor allem darum, Druck auf die Gemeinde auszuüben, die ihm seinen bissigen Hund weggenommen hatte.

Die für den 12. Mai geplante „offizielle Eröffnungsfeier der Schinderhannes-Schule" sowie mit den bisherigen „Schulungsabenden" der NPD dürfte aber so Schluss sein.

*aus dem Antifa-Info 6-2007 der VVN-BdA Rheinland-Pfalz, Quelle: redok* ■

## Offizier verweigert Mitwirkung bei Tornado-Einsatz

In einer achtseitigen „Dienstlichen Erklärung" hat der aktive Offizier, Oberstleutnant Jürgen Rose, der vom Darmstädter Signal unterstützt wird, seine Mitwirkung bei den Tornado-Einsätzen in Afghanistan verweigert:

„Im Hinblick auf die von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, Waffensysteme Tornado der Bundesluftwaffe zum Einsatz nach Afghanistan zu entsenden …, den daraufhin am 9. März 2007 erfolgten Zustimmungsbeschluss des Deutschen Bundestages sowie der mittlerweile ergangene Befehlsgebung des Streitkräfteunterstützungskommandos zur Umsetzung dieser Entscheidung erkläre ich hiermit, dass ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, den Einsatz von Tornado-Waffensystemen in Afghanistan in irgendeiner Form zu unterstützen, da meiner Auffassung nach nicht auszuschließen ist, dass ich hierdurch kraft aktiven eigenen Handelns zu einem Bundeswehreinsatz beitrage, gegen den gravierende verfassungsrechtliche, völkerrechtliche, strafrechtliche sowie völkerstrafrechtliche Bedenken bestehen. Zugleich beantrage ich hiermit, auch von allen weiteren Aufträgen, die im Zusammenhang mit der „Operation Enduring Freedom" im Allgemeinen und mit der Entsendung der Waffensysteme Tornado nach Afghanistan im Besonderen stehen, entbunden zu werden."

*Quelle: www.friedensratschlag.de* ■

## Hunderte Reklame-Einsätze der Bundeswehr

BERLIN. Die Bundeswehr wird in diesem Jahr weit über 600 mal in den Innenstädten, in Schulen und auf Messen auftreten, um Nachwuchs zu werben. Wir haben die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage nach der kompletten Liste der diesjährigen Reklameeinsätze gefragt. Die Liste steht auf der Homepage www.ulla-jelpke.de und wird auf Wunsch gerne zugeschickt. Im Moment liegt die Liste nur als eingescannte 2MB-Datei vor. Als Bundestagsdrucksache 16/4768 müsste sie in wenigen Tagen unter http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm eingestellt und dann auch besser lesbar sein. Wir empfehlen dringend einen Abgleich dieser Liste mit derjenigen, die auf http://www.mil.bundeswehr-karriere.de/ einzusehen ist (>"Ihre Bewerbung" —>"Termine"). Die Listen sind leider nicht identisch. In Kürze erwarten wir außerdem die Antwort auf die Kleine Anfrage nach den diesjährigen Gelöbnissen, Zapfenstreichen und anderen Militäraufmärschen, diese werden wir ebenfalls auf die Homepage stellen.

*Ulla Jelpke* ■

# Ludendorffer eine „Bedrohung für die Demokratie"

DORFMARK. Seit über 30 Jahren hält der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer)" seine Ostertagung in Dorfmark ab. Mit 80 Menschen gut besucht war eine Informationsveranstaltung, zu der Antifaschistische Initiative, Umweltschützer, Gewerkschaften sowie Grüne, SPD und Die Linke eingeladen hatten. Vier Nazis schickte die Polizei weg. Versammlungsleiter H-D. Charly Braun (DGB) erklärte, dass man das vermeintlich harmlose Treiben seit über 25 Jahren beobachte. Öffentliche Erklärungen seien ungehört geblieben. Man habe aber erreicht, dass die rassistischen Ludendorffer nicht mehr die Schule benutzen könnten.

Nicole Ahrens, Mitorganisatorin von den Jusos, berichtete, dass es schwer gewesen sei, diesen Infoabend zu organisieren. Während Kirchenvertreter aus der Nachbarschaft Mut machten, habe der Dorfmarker Kirchenvorstand dafür keine Räume zur Verfügung gestellt.

Wie gefährlich die germanisch-heidnische Sekte ist, erläuterte Pastor Jürgen Schnare. Der Leiter der Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen der Evangelischen Landeskirche stellte dar, dass der „Bund für Gotterkenntnis" auf Mathilde Ludendorff, die Frau des bekannten Generals des 1. Weltkrieges zurückgehe. Während General Ludendorff lange an der Seite Hitlers stand, erfand seine Frau eine eigene rassistische Weltanschauung. Danach sind Menschen in „Licht- und Schachtrassen" unterteilt, die einen von Natur aus Herrscher, die anderen quasi Untermenschen. Mathilde Ludendorff schrieb, dass die „Rassetugenden mit dem Gotterleben" verwoben seien und „Blutsmischung" zum „Volkstod" führe. „Volksuntergang in Entartung" nahe auch, wenn das „Volk aus seinem arteigenen Gotterleben entwurzelt wird durch eine Fremdlehre". Solche Lehren seien die „riesige Verschwörung der Juden", das Christentum, die Freimaurerei und der Sozialismus. Die Lösung sei „Erhaltung der Rassereinheit und die Pflege des arteigenen Gotterlebnis, der arteigenen Kunst, arteigenen Sitten."

Pastor Schnare bewertete die Ludendorffer als eine „Bedrohung für die Demokratie". Während Beobachter darstellten, dass viele Familien an den Ludendorffer-Treffen teilnehmen und allerlei Jugendliche gar das Raiffeisengebäude nutzen, erklärte ein Senior, dass seine Enkel auch dabei seien und nicht von ihrer Rassenlehre abzubringen seien. Dass sie in die Heide kommen, hat auch den Grund, dass sie hier Mitglieder haben. Kein Wunder, dass in der ausgiebigen Diskussion Wertungen wie „dieser Rassismus ist ideologische Basis für die Neonazis", vorgebracht wurden. Tatsächlich nehmen bekannte Nazis an Ludendorffer-Treffen teil.

Einig waren sich alle Besucher in der Ablehnung der Ludendorffer. Während eine Pensionsinhaberin erklärte, sie würde ihre Gäste nicht fragen, ob sie katholisch, Ludendorffer oder Vegetarier seien, war zu erfahren, dass die Rechten ihre Gastgeber zur Teilnahme an ihrer Tagung einladen.

Der Grüne Ratsherr Egon Hilbich erklärte: „Wie ich die Dorfmarker kenne, werden sie sich jetzt darum kümmern. Zum Handeln forderte der stellvertretende Bürgermeister Steffen Ahrens (SPD) auf und betonte, dass Wegsehen nicht helfe und „ab heute steckt Dorfmark mitten in der Diskussion".

*Antifaschistische Initiative SFA, DGB-Kulturarbeitskreis, 8.3.07 Arbeitskreis Umweltschutz Fallingbostel, IG Metall, ver.di, NGG, GEW, Bd.90/ Die Grünen, SPD, Jusos, H. Schui / MdB Die Linke* ■

# Nazis behalten ihr „Objekt der Begierde“

## Polizei setzte sich nicht durch: Antifa-Laden bleibt bestehen

AURICH. Es war ein großer Wunsch der Auricher Polizei und eine dringende Empfehlung an die Adresse von Rat und Verwaltung: Der „Antifaschistische Infoladen“ im städtischen Jugendzentrum sollte geschlossen werden. Doch mit diesem Anliegen scheiterten die Ordnungshüter jetzt. Die Mehrheit der Entscheidungsträger im Kommunalparlament und vor allem Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst (parteilos) lehnten das Polizei-Begehren eindeutig ab.

Hintergrund: Kriminalhauptkommissar Johann Lieutenant vom Staatsschutz sorgt sich nach seinen Worten vor einer Konfrontation zwischen den Infoladen-Betreibern und der rechtsextremen Szene. In den letzten Jahren hatte es tatsächlich immer wieder Angriffe auf das Jugendzentrum gegeben, die aus der braunen Ecke erfolgt waren. Auch Gewaltakte wurden erfasst.

Solchen Attacken will der Polizist den Boden entziehen, indem er einfach das Objekt der rechten Begierde beseitigt. „Wehret den Anfängen!“ – so argumentierte Lieutenant unter anderem vor dem Verwaltungsausschuss des Auricher Rates. Diese Position des Kriminalhauptkommissars war in Aurich nicht nur auf Zustimmung gestoßen. Manche Bürger sahen in ihr eine Kapitulation vor den Rechtsextremisten.

In der 40.000 Einwohner zählenden Stadt stellen die Sozialdemokraten 15 Sitze im Rat. Die CDU und ein Einzelbewerber bringen es auf 14 Ratsmitglieder. Auch Grüne, eine Grünen-Abspaltung, die FDP und die Linkspartei sitzen im Kommunalparlament.

Dem Staatsschutz-Mann ist der Infoladen aber auch noch aus anderen Gründen ein Dorn im Auge. Ihn sieht er „sehr kritisch“, stellt ihn in einen Zusammenhang mit verstärkt auftretenden Farbschmierereien in der Kreisstadt. Und er fürchtet sich davor, dass es – wie in den neunziger Jahren – wieder zu einem autonomen Jugendzentrum innerhalb des Jugendzentrums kommen könnte. An seiner Seite weiß Johann Lieutenant die CDU-Fraktion im Stadtrat.

Nun holte sich die Polizei also zumindest eine vorläufige Abfuhr. Bürgermeister Windhorst, ein ehemaliger Sozialarbeiter, warnt vor „Aktionismus“ und verweist unter anderem darauf, dass der Infoladen seinerzeit von der Jugendzentrums-Leitung genehmigt worden sei. Straftaten seien den „Machern“ des Infoladens nicht nachzuweisen, betont das Stadtoberhaupt. Ihm gegenüber hätten sie sich eindeutig von illegalen Handlungen und von Gewalt distanziert.

Unterdessen hat der Rat der ostfriesischen Stadt beschlossen, ein neues Konzept für das Jugendzentrum in Auftrag zu geben. Es soll in erster Linie für einen intensiveren Dialog zwischen den dortigen Sozialarbeitern und den Jugendlichen sorgen.

*Thomas Klaus* ■

### Antifa-Ausstellung in Konstanz:

# Versuchter Neonazi-Überfall

KONSTANZ. Wie aktuell und notwendig die Forderung nach Eindämmung des anwachsenden Neofaschismus ist, hat sich erneut wenige Tage nach Eröffnung einer von VVN und IG Metall initiierten Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ im Konstanzer Bürgersaal erwiesen. Kurz vor Beginn einer Diskussion mit Schülern versuchte am Freitagabend, den 9. März, eine Gruppe von etwa 20 vermummten jungen Neonazis, den Bürgersaal zu stürmen. Nur die Tatsache, dass sich couragierte Besucher bis zum Eintreffen der Polizei gemeinsam gegen die Eingangstür stemmten, verhinderte das Eindringen der rechten Störer. Elf von ihnen nahm die Polizei fest, die übrigen konnten fliehen.

Wie inzwischen bekannt wurde, handelte es sich bei den Festgenommenen um Neonazis vor allem aus dem Raum Engen und Singen, Stockach und der Schweiz, die in den beiden letzten Jahren auch an den Neonazi-Demonstrationen in Friedrichshafen teilnahmen. Zu der Gruppe gehörten Frauen und Mädchen. Gegen die Festgenommenen wurde ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.

Bei der Eröffnung der unter Schirmherrschaft des Konstanzer Oberbürgermeisters Frank stehenden Ausstellung hatte schon Bürgermeister Boldt auf das Anwachsen neofaschistischer Gruppen im Bodenseekreis hingewiesen. Esther Brosz vom Bundesausschuss der VVN unterstrich in ihrer Eröffnungsansprache, Faschismus sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen und dürfe daher nicht wieder Platz in den Köpfen der Menschen finden. Wohl niemand habe bei der Gründung der VVN vor 60 Jahren gedacht, dass Faschismus in Deutschland jemals wieder eine Chance hätte. Doch fast täglich werde heute über rechtsextreme Gewalt und Straftaten berichtet, Neonazis seien wieder in die Parlamente eingezogen. Gemeinsam mit Bündnispartnern aus Gewerkschaften, der Jugend- und antifaschistischen Bewegung müsse erreicht werden, die Neonazis zurückzudrängen.

Die bis zum 24. März dauernde Ausstellung wird von Vorträgen, Lesungen, einem Konzert und einer Plakatausstellung begleitet.

Am Freitagabend stand die Podiumsdiskussion mit Schülervertretern auf dem Programm, die die Neonazis zu stören versuchten. In einem lebhaften Meinungsaustausch zwischen Schülersprechern und Zuhörern herrschte Einigkeit darüber, dass dem Neofaschismus gemeinsam begegnet werden müsse, wenn es auch über das „Wie“ – z. B. NPD-Verbot – verschiedene Ansichten. gab. Diskutanten aus dem Schulbereich bemängelten, dass der Neofaschismus durch Justiz und Politik noch immer zu sehr geduldet werde. Probleme an den Konstanzer Schulen seien zwar eher Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, doch dürfe man die neofaschistische Gefahr deswegen nicht zu gering schätzen. Man müsse den Jugendlichen auch mehr Alternativen bieten. Warum gebe es zum Beispiel nicht mehr Jugendklubs? Ein Sprecher der Verdi-Jugend verlangte,




schon in der Schule müsse dem Rassismus entgegengewirkt und auch das Thema NPD in den Unterricht eingebracht werden. Ein anderer Sprecher forderte endlich ein Verbot der Neonazi-Internetseiten.

Ein Sprecher aus der Gruppe der Hartz-IV-Empfänger bezeichnete es als ein Problem, dass die NPD durch soziales Engagement Menschen einzufangen versuche, während die „andere Seite mit anhaltendem Sozialabbau praktisch den Boden für Neonazis bereite“.

*Eb, „Seeblättle“ der PDS Linke Liste Konstanz, März 2007* ■

# Geplantes NS-Dokumentationszentrum vor dem Aus?

MÜNCHEN. Fassungslos rieb sich so mancher die Augen, als er im Februar las, dass sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann „vorerst nicht in der Lage“ sehe, die ursprünglich kalkulierte Bundesunterstützung von 10 Mio Euro für den Bau des Münchner NS-Dokumentationszentrums zur Verfügung zu stellen. Angeblich sei es „zu groß geplant“ und „vom Konzept her nicht schlüssig“. Nähere Informationen liegen nicht vor. Berlin gibt sich bedeckt. Bedeutet das das Aus für das NS-Dokumentationszentrum, dessen Verwirklichung nach Jahren und Jahrzehnten Kampf nun so greifbar nahe schien?

### Aufstieg und Fall des Dritten Reichs

Hitler und die Nazis haben München „Hauptstadt der Bewegung“ genannt. Wir sollten diesen verharmlosenden Begriff, auch in Anführungszeichen, nicht weiter benutzen. München war die Keimzelle des Nationalsozialismus, war die frühe Hauptstadt der braunen Täter. Hier wirkte ein damals noch unbekannter Adolf Hitler bei der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik 1919 mit. Hier sorgten er und seine braunen Spießgesellen das erste Mal 1923 bei ihrem „Marsch auf die Feldherrnhalle“ für größeres öffentliches Aufsehen. Hier, vor den Toren Münchens, wurde in Dachau bereits im März 1933 das erste große Konzentrationslager errichtet. Hier wurde die berüchtigte Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt. Hier stand das „Braune Haus“ der Reichsleitung der NSDAP. Hier … Hier in München geschah viel, sehr viel, was den Aufstieg (weniger den Fall) des Dritten Reichs begünstigt, gefördert hat. Und hier in München hat man nach dem Krieg, nach der Niederschlagung des Faschismus Jahre und Jahrzehnte damit verbracht, diese Tatsache zu verschweigen, zu verharmlosen, zu beschönigen. Zögerlich, aber immerhin, gedachte man manchmal wenigstens der Opfer, z.B. als man 1946 das Rondell an der Brienner Straße in „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ umbenannte. Mit den braunen Tätern – die im Übrigen oft genug unbestraft davonkamen – wollte man sich nicht auseinandersetzen; schließlich saßen viele von ihnen, zumal in Bayern, weiterhin in Amt und Würden.

### Chronologie der Nachkriegszeit

**1945-1947:** Die amerikanische Besatzungsregierung sorgt im Rahmen der Entnazifizierung dafür, dass in München zahlreiche bauliche NS-Hinterlassenschaften beseitigt werden.
**1945-1947:** Erste Überlegungen werden angestellt, in München einen Gedenkort für die Opfer des NS-Regimes zu errichten. Sie verlaufen in der Folgezeit im Sande.
**50-er Jahre:** Es passiert nichts …
**1961:** Die Stadt München erwirbt für den Bau eines Volksbildungshauses ein großes Grundstück im Bereich des Wittelsbacher Palais', das als Standort für das zentrale Denkmal der Opfer des Nationalsozialismus vorgesehen wird. Der Plan verläuft in der Folgezeit im Sande.



Wittelsbacher Palais, GeStaPo-Hauptquartier. Im Krieg z.T. zerstört, Reste 1950 abgerissen. Heute: Bayrische Landesbank, Brienner Str. 18-20

**70-er Jahre:** Es passiert nichts …
**1989:** Der Stadtrat beschließt, auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ (Brienner-/Arcisstraße) ein „Haus der Zeitgeschichte“ zu errichten. Der Plan verläuft in der Folgezeit im Sande.
**90-er Jahre:** Es passiert nichts…
**2001:** Grundsatzbeschluss der Stadt München zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums im Umfeld des Königsplatzes.
**2002:** Der bayrische Landtag beschließt, gemeinsam mit dem Bund und der Stadt München ein Konzept für das NS-Dokumentationszentrum zu entwickeln.
**2003:** 70 Jahre nach Beginn des Faschismus wird im Münchner Stadtmuseum eine eigene Abteilung zur NS-Geschichte Münchens eröffnet.
**2005:** Das Land Bayern stellt das Areal des „Braunen Hauses“ für das Dokumentationszentrum, einen „historisch-politischen Lernort für die Zukunft“, zur Verfügung.
**2006:** Das Architekturmuseum der TU München zeigt unter Winfried Nerdinger die viel beachtete Ausstellung „Ort und Erinnerung. Nationalsozialismus in München“. Erstmals werden Bauten und Orte, die mit dem Nationalsozialismus, dem „Netzwerk von Terror, Willkür, Zwang und Zustimmung“ verbunden waren, wieder „sichtbar“ gemacht.
**2006:** Nach jahrelangen Debatten, vor allem mit der Landesregierung, beschließt der Stadtrat die Finanzierung der geplanten 34 Mio Euro für das NS-Dokumentationszentrum. Das Land Bayern hatte endlich auch 10 Mio zusagt, München würde 14 Mio zahlen, und der Bund sollte weitere 10 Mio übernehmen.
**2007:** Diese 10 Mio weigert sich der Bund – unter offensichtlich fadenscheinigen Gründen – zu zahlen.

Dass die schwarze bayrische Staatsregierung und der rot-grüne Münchner Stadtrat Schwierigkeiten haben würden, „zusammenzukommen“, war zu erwarten gewesen. Mit dem „Paukenschlag“ aus Berlin hatte man eher nicht gerechnet. Das Münchner NS-Dokumentationszentrum muss endlich gebaut werden! Äußert euren entschiedenen Protest gegen jegliche weiteren Verschleppungsstrategien!

**www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de** ■




Zusammen mit der Autonomen Antifa Ludwigsburg richtet die Antifaschistische Initiative Gegen das Vergessen AIGdV die diesjährige Fahrt aus. Der thematische Schwerpunkt der Fahrt ist Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler und Künstlerinnen/Künstler als Häftlinge im KZ-Mauthausen. An diesem Thema werden sich Vorträge, Filme, Veranstaltungen und die Führung durch die Gedenkstätte orientieren. Abfahrt nach Mauthausen am Freitag, 4.5.2007, um 9 Uhr. Rückfahrt am Sonntag, 6.5.2007. Ankunft in Stuttgart um ca. 22.30 Uhr. Teilnahmebeitrag: 80 Euro, SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose: 65 Euro. Im Preis enthalten sind Busfahrt, Unterkunft in einer Schule, gemeinsames Kochen und Essen sowie die im Rahmen angebotenen Veranstaltungen – Führungen, Besichtungen, Schloss Hartheim, Mauthausen, Gusen, Zeitzeugengespräche. Anmeldung und Information anfordern unter: E-Mail: aigdv@web.de, tel. AIGdV-Anrufbeantworter: 01212 510575121 (Ortstarif).




IMI-Analyse

# Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

## Aktionen gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr

**U25 und Arbeitslos**

Unter 25-Jährige Arbeitslose werden durch eine im Sommer letzten Jahres in Kraft getretene „Nachbesserung“ des Hartz IV Gesetzes massiv benachteiligt. Liegen keine schwerwiegenden Gründe für einen Auszug vor, sind sie verpflichtet, bei den Eltern wohnen zu bleiben. Sie werden mit ihren Eltern zusammen als Bedarfsgemeinschaft definiert und erhalten (wenn überhaupt) nur noch ein abgesenktes Arbeitslosengeld II von 276 (statt 345) Euro. Mit dieser Stallpflicht für junge Erwachsene besteht eine mehr als nur ökonomische Abhängigkeit vom Elternhaus. In einer zweiten Stufe des so genannten Fortentwicklungsgesetzes sind seit Anfang 2007 sogar noch weitere Beschneidungen rechtskräftig geworden. Arbeitslose U25 erhalten schon bei der ersten „Pflichtverletzung“, also z.B dem Ausschlagen eines Ein-Euro-Jobs, einer anderen (Zwangs-)Maßnahme oder auch nur bei unzureichender Kooperation innerhalb des Profilings, für 3 Monate keinerlei Geldleistung mehr. Sachleistungen können noch gewährt werden. Die U25 unter den Hartz IV-EmpfängerInnen sind damit der schärfsten Sanktionierung zur Durchsetzung des Workfare-Prinzips ausgesetzt: „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“[1]

Vielerorts starteten ARGEn und Optionskommunen daraufhin eine „Vermittlungsoffensive“ für U25 mit der Zielsetzung, insbesondere junge Arbeitslose mit unattraktiven „Jobangeboten“ aus dem Leistungsbezug herauszudrängen. Wir beschreiben die aktuelle Regelung derart detailliert, um das Ausmaß der Entrechtung dieser jungen Erwachsenen und deren Schikanierung nachvollziehen zu können. Immerhin ist dies die zentrale Zielgruppe der offensiven Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr.

**Rekrutierung am Arbeitsamt**

Die Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und der zunehmende Druck für Erwerbslose, seit der mehrfach verschärften Hartz IV Gesetzgebung jeden noch so miesen Job und jede noch so unsinnige Maßnahme annehmen zu müssen, wird von der Bundeswehr dazu genutzt, um immer offensiver für den „Job“ der SoldatIn zu werben. Und deren ökonomische Argumente scheinen vielen Jugendlichen durchaus plausibel: Eine KFz-Lehre verbunden mit insgesamt achtjähriger Dienstverpflichtung bei der Bundeswehr wird immerhin mit 1200 Euro netto entlohnt – vom ersten Monat an. Unerwähnt bleiben hingegen die Verpflichtung zum einjährigen Auslandseinsatz und die damit verbundenen Risiken und Probleme. Die Selbstdarstellung der Bundeswehr erwähnt auch die Belastung bei posttraumatischen Störungen nach Kampfeinsätzen mit keinem Wort. Eine kürzlich veröffentlichte Studie[2] ergab, dass bei gut einem Drittel der zwischen 2001 und 2005 aus Afghanistan und Irak zurückgekehrten US-Soldaten psychologische oder psycho-soziale Krankheiten diagnostiziert wurden. Beim größten Teil war die psychische Gesundheit nachhaltig gestört. Als besondere Risikogruppe haben die WissenschaftlerInnen die jüngsten SoldatInnen zwischen 18 und 24 Jahren ausgemacht. Im Beratungsgespräch ebenfalls unerwähnt bleiben das an Bedingungen geknüpfte Ausbildungsversprechen und die enormen Schwierigkeiten beim Versuch, vor Ablauf der Verpflichtungsdauer zu „kündigen“.

Die Bundeswehr versucht sich als ganz normaler Arbeitgeber zu präsentieren – mit Erfolg: Der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan äußerte




Ende letzten Jahres in der Zeitschrift Wehrtechnik (WT 4/06) zum aktuellen RekrutInnennachschub: „Die derzeitige Bewerberlage ist ausgesprochen erfreulich. Auch die Bedarfsdeckung gelingt uns überdurchschnittlich gut (...) Dessen ungeachtet ist die demografische Entwicklung zweifellos eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Der Rückgang des Potenzials an jungen Berufseinsteigern wird die Streitkräfte und die Bundeswehr insgesamt in einen herausfordernden Wettbewerb mit der Wirtschaft, aber auch mit Nachfragern aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes führen. Hier gilt es (...), den eingeleiteten Ausbau der Bildungs- und Weiterbildungsangebote zum einen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zum anderen diese Angebote mittel- und langfristig auszubauen. Darüber hinaus wird langfristig aber auch über neue Modelle der Kooperation und des Austausches mit der Wirtschaft nachzudenken sein. Hierbei gilt es, den Unternehmen den Nutzwert einer soldatischen/militärischen Ausbildung für eine Tätigkeit in der Wirtschaft anschaulich darzustellen.“

Alarmierend dabei ist, dass die Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und Bundeswehr mancherorts noch enger ist, als dies die Ähnlichkeit der schneidigen Namensgebung von Vermittlungsoffensive einerseits und Rekrutierungsoffensive andererseits vermuten lässt: Im Rahmen unserer Arbeitsamtbesuche trafen wir auf vier junge Erwachsene, die über ihre U25-Maßnahme an der ARGE Köln verpflichtet waren, an der Bundeswehr-Werbeveranstaltung am 25. Januar 2007 teilzunehmen. Die daraufhin in einem offenen Brief befragten externen Maßnahmeträger (die im Auftrag der ARGE Köln verwalten, ausbilden und beschäftigen) weisen diese Praxis weit von sich. Die Arbeitsagentur selbst hat entgegen ihrer vollmundigen Ankündigung nach nunmehr 5 Wochen immer noch nicht auf den Vorwurf reagiert.

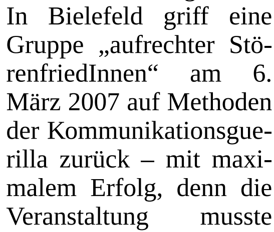
**Ein praktischer Ansatz: Bundeswehr-Wegtreten**

Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen (nicht nur) in Köln Unruhe bei öffentlichen Auftritten der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die mittlerweile monatlich stattfindenden Werbe- und Beratungsveranstaltungen der Bundeswehr an den Arbeitsämtern. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz verbunden mit ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum zurückzudrängen und sie eben genau dort anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

Angetreten war Bundeswehr-Wegtreten bereits zur 50-Jahrfeier der Bundeswehr im Herbst 2005. Ein öffentliches Gelöbnis mit abendlichem Zapfenstreich vor dem Kölner Dom sollte ein großes Spektakel werden. Hunderte von KriegsgegnerInnen hatten der Luftwaffe mit lautstarken Protesten einen Strich durch die Rechnung gemacht. ... Die Bundeswehr war sichtlich empört und versuchte vier der AktivistInnen mit dem Vorwurf der Volksverhetzung zu kriminalisieren.

Die Angeklagten nutzten den gut besuchten Gerichtstermin im November 2006 unter anderem, um zur „Umgestaltung“ der wenige Tage später stattfindenden Werbeveranstaltung der Bundeswehr an der zentralen Arbeitsagentur in Köln einzuladen. Der offene Aufruf zu diesem Termin unter den rund 100 UnterstützerInnen schien dem Wehrdienstberater genügt zu haben, seine Veranstaltung kom-

plett abzusagen. Diese Schlappe sollte sich nicht wiederholen und so fand der nächste Termin im Januar 2007 abgeschirmt durch bewaffnete Feldjäger im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur statt. Doch bevor es drinnen mit Werbeprospekten und Hochglanzperspektiven um verantwortungsvolle Aufgaben in erlebnisreichen Arbeitsfeldern bei „anständiger“ Bezahlung ging, mussten sich die potenziellen RekrutInnen draußen der Musterung durch zahlreiche AntimilitaristInnen unterziehen. Ein Bewerbungs-Sofortbild posierend mit Knochen und Totenkopf vor einer Bergkulisse in Afghanistan sowie ein Fragebogen gehörten zum antimilitaristischen Vorab-Prozedere. Die Befragung der Feldjäger und der Leitung des Berufsinformationszentrums ergab, dass die Arbeitsagentur ihr Hausrecht für diese Veranstaltung nicht an die Bundeswehr abgetreten hat und dass es sich hierbei schon gar nicht um einen temporär deklarierten militärischen Bereich handelte, womit der Einsatz bewaffneter Bundeswehr im Inneren (der Arbeitsagentur) damit auf äußerst wackligen Füßen steht. Diese Provokation sorgte für Unmut bei mehreren MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur und derem Personalratsvorsitzenden.




Ein offener Brief dazu an alle MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur sollte zum nächsten Termin des Wehrdienstberaters am 1. März 2007 die interne Diskussion entzünden. Aufgehängt am Auftritt der Feldjäger und an dem Skandal, dass zumindest vier jugendliche Arbeitslose im Rahmen ihrer U25-Maßnahme der Arge verpflichtet wurden, am Januar-Termin der Bundeswehrwerbeshow teilzunehmen, waren die MitarbeiterInnen aufgefordert, den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr generell ein Ende zu bereiten: „Trotz (und gerade in) größter Perspektivlosigkeit darf niemand animiert werden, als Zeitsoldat zum Bund und damit zum mittlerweile verpflichtenden Auslandseinsatz zu gehen!“ Doch bundeswehrkritische MitarbeiterInnen, die durchaus zahlreich vorhanden sind, haben kein leichtes Spiel, eine kritische Diskussion in Gang zu bringen. Leute, die 12 Jahre bei der Bundeswehr gedient haben und danach bevorzugt bei Bundesbehörden wie dem Arbeitsamt untergebracht werden, leisten mitunter starke Lobbyarbeit und sorgen für eine enge Kooperation zwischen Arbeitsagentur und Bundeswehr auch unterhalb der Führungsebene.

Am 1. März 2007 sollte die Werbeveranstaltung der Bundeswehr von innen gestört werden. Die Feldjäger (diesmal in zivil) konnten die Gruppe nicht an der Teilnahme und Umgestaltung der Veranstaltung hindern. Nach einstündiger, unnachgiebiger Befragung durch die KriegsgegnerInnen konnten die zur Verstärkung anwesenden Militärs ihre angespannte Souveränität nicht weiter aufrecht halten. Der Wehrdienstberater wurde von seinem Vorgesetzten abgelöst. Doch auch dieser konnte nicht mit zufriedenstellenden Antworten aufwarten.

Mittlerweile hat sich der Kreis der AktivistInnen auf andere Städte ausgedehnt. In Bielefeld griff eine Gruppe „aufrechter StörenfriedInnen“ am 6. März 2007 auf Methoden der Kommunikationsguerilla zurück – mit maximalem Erfolg, denn die Veranstaltung musste vorzeitig beendet werden. Eine Prozession, angeführt von Militärbischof Mixa gefolgt von einer stimmgewaltigen Generalin und ein paar SoldatInnen unbestimmten Ranges, die offenbar gerade eine Skelettgrube geplündert hatten, enterte die laufende Veranstaltung, übte das Salutieren, Marschieren im Stechschritt und dergleichen Unsinn mehr. Nachdem die Gruppe unter Singen und Segnen abgezogen war und der Wehrdienstberater sich neu sortiert hatte, brachten einige Leute aus dem Publikum arg themenfremde Wortmeldungen in die Veranstaltung ein. So behaupteten sie u.a. (singend), dass die Kreidezeit eigentlich eine ganz Schöne gewesen sei, dass es nur einen Rudi Völler gäbe ... Nachdem weitere Kleinstgruppen folgten, packte er entnervt seine Siebensachen und beendete die Veranstaltung.

Weitere Städte bereiten aktuell den Besuch solcher Werbeauftritte am Arbeitsamt vor. Die Termine der WehrdienstberaterInnen liegen/hängen öffentlich in den Berufsinformationszentren (BIZ) für das jeweilige Halbjahr aus und können unter http://mil.bundeswehr-karriere.de eingesehen werden.

Die Fokussierung der Rekrutierungsbemühungen auf das Arbeitsamt bedeutet jedoch keinesfalls deren Ausschließlichkeit: An Schulen ködern Jugendoffiziere unvermindert frühzeitig Nachwuchs, u.a. für die Offizierslaufbahn inklusive Studium ohne Studiengebühren bei „anständigem“ Sold. Deswegen halten wir es für lohnend, die Interventionen auf Schulen auszuweiten. Das kann zum einen bedeuten, gemeinsam mit der SchülerInnenvertretung Proteste und direkte Aktionen beim Besuch durch den Wehrdienstberater zu organisieren. Hierzu gibt es eindrucksvolle Erfahrungen des Campus Antiwar Network in den USA. Zum anderen erscheinen uns (Schul-)Veranstaltungen mit Ehemaligen und Aussteigern des Kriegshandwerks als geeignete Möglichkeit. Dazu Aimee Allison, die im 2. Golfkrieg verweigerte: „Wir haben herausgefunden, dass die Veteranen die mächtigste Stimme gegen die Rekrutierung sind, die es gibt. Sie können aus ihrer Perspektive sehr glaubwürdig ihre Erfahrungen im Militär und Krieg darlegen...“[3] Der US-Kriegsdienstverweigerer Agustín Aguayo, der am 6. März 2007 wegen „Desertion“ und „Verpassen der Verlegung der Einheit“ von einem US-Militärgericht in den Leighton-Barracks in Würzburg zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, wird voraussichtlich im Mai diesen Jahres entlassen werden. Der Münchner Oberstleutnant Jürgen Rose, der vor kurzem anlässlich des bevorstehenden Tornado-Einsatzes in Afghanistan beantragte, von allen weiteren Aufträgen im Zusammenhang mit der Operation „Enduring Freedom“ entbunden zu werden, könnte ebenfalls ein interessanter Gesprächspartner für eine solche Veranstaltung sein. Darüberhinaus können sich Interessierte an den Arbeitskreis Darmstädter Signal wenden.

Ein Eingreifen in die derzeit offenbar gut geschmierte Rekrutierungsmaschinierie der Bundeswehr bedeutet mehr als das konkrete Abwerben einzelner potenzieller SoldatInnen. Es geht um das generelle Zurückdrängen einer Bundeswehr, die sich zunehmend unangegriffen im öffentlichen Raum zu Hause fühlen darf. Eine unwidersprochene Alltagspräsenz des Militärs spiegelt nicht nur sondern prägt auch gesamtgesellschaftliches Bewusstsein zugunsten einer fortschreitenden Militarisierung des Außen und Innen.

Aus genau dieser Sicht begrüßen wir unter anderem die Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, die Bemühungen seit 2002, dem alljährlichen Pfingsttreffen von ehemaligen und derzeitigen Soldaten der Gebirgstruppe zu Ehren von NS-Kriegsverbrechern in Mittenwald ein Ende zu bereiten und den Widerstand gegen das Bombodrom in der Ruppiner Heide. Am 1. Juni 2007 wird es dort im Rahmen der Anti-G8-Aktionstage eine vorläufige Besiedelung dieses geplanten Kriegsübungsplatzes geben. Vier Tage später soll der für das dortige Krieg-Üben genutzte Flughafen Rostock-Laage blockiert werden.

*Mehr Infos unter:*
*http://www.bundeswehr-wegtreten.tk/*
*Initiative Bundeswehr Wegtreten*
*Informationsstelle Militarisierung*
*(IMI) e.V, Email: imi@imi-online.de*
*http://www.imi-online.de* ■

Anmerkungen

[1] Arbeitsminister Franz Müntefering, Die Zeit, 10.5.2006

[2] Bringing the War Back Home, Archives of Internal Medcine Vol 167 No. 5, 12.3.2007

Mental Health Disorders Among 103788 US Veterans Returning From Iraq and Afghanistan Seen at Department of Veterans Affairs Facilities

[3] Counter Recruitment - graswurzelrevolution 316, Februar 2007

## Frankreich im Monat vor den Wahlen (1):

# Sans papiers in Wahlkampfzeiten: Zwischen Solidarität und Kriminalisierung

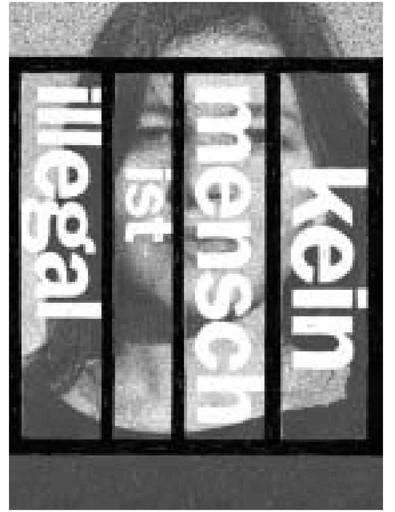
Paris. Am Freitag, 23. März wurde die Direktorin eines Kindergartens in der rue Rampal im Pariser Nordosten, im Stadtteil Belleville, sieben Stunden lang in Polizeigewahrsam genommen und verhört. Es handelt sich um Valérie Boukobza, ihre Vorfahren stammten einstmals aus Polen.

Ursprünglich war sie als Augenzeugin zum Kommissariat des 19. Bezirks vorgeladen, um über die Ereignisse vom vorhergehenden Dienstag auszusagen, bei denen es zu heftigen Reibereien zwischen Eltern des Kindergartens und Polizeikräften gekommen war. Doch die Vorladung zur vermeintlichen Zeugenaussage entpuppte sich als Falle: Von 9.10 Uhr bis 16.15 Uhr wurde sie unter Anklage verhört. Vorgeworfen wurden ihr „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „in Gemeinschaft begangene Beschädigung öffentlichen Eigentums", da sie angeblich dabei gewesen sein soll, als auf das Dach eines Polizeiautos geklopft wurde.

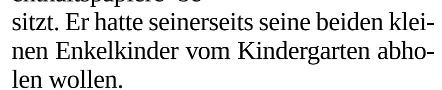
#### Der Hintergrund:

Am Montag und Dienstag, 19. und 20. März kam es zu Festnahmen von Sans papiers („illegalen" Einwanderern) in unmittelbarer Nähe des Kindergartens in der rue Rampal. Der Stadtteil Belleville wird seit Monaten häufig zum Ziel von gezielten Festnahmeaktionen gegen Sans papiers, die durch Kritiker als „rafles" (in Anlehnung an die Razzien und Massenfestnahmen im besetzten Frankreich im Zweiten Weltkrieg) bezeichnet werden. In der Regel werden dabei Personen aufgrund ihres Aussehens und ihrer vermutlichen geographischen Herkunft willkürlich aufgegriffen, um ihre Personalien festzustellen, auch wenn Kontrollen aufgrund „ethnischer" oder „rassischer" Kriterien im Prinzip nach französischem Gesetz absolut rechtswidrig sind. Oftmals richten sich die „Razzien" gezielt gegen Personen bestimmter Nationalität oder jedenfalls von einem bestimmten Kontinent, da es dabei anscheinend darum geht, bei Abschiebeflügen die Flieger voll zu bekommen. So ging es zu Anfang jener Woche offenkundig darum, Asiaten – insbesondere Chinesen – mit „illegalem" Aufenthalt aufzugreifen.

An jenem Montag wurde so eine Chinesin festgenommen, die ihre vierjährige Nichte von der Vorschule abholen wollte. Nach halbstündigen Verhandlungen zwischen der Leiterin des Kindergartens, Valérie Boukobza, und den Ordnungshütern kam sie jedoch wieder frei. Am folgenden Tag führten Polizeikräfte, um die Zeit des Unterrichtsschlusses im Kindergarten, eine Durchsuchungsaktion im direkt daneben gelegenen Café „Le petit Rampal" durch. Angeblich ging es darum, Messer und Drogen zu finden und zu beschlagnahmen – solche Durchsuchungsgründe dienen jedoch in aller Regel nur als Vorwände dazu, um in Wirklichkeit nach „illegalen Einwanderern" zu suchen, ohne dass der Durchschungsbeschluss vor Gericht aufgrund seines diskriminatorischen Charakters beanstandet werden könnte. (Denn eine Durchsuchung, bei der rein aufgrund äußerlider Merkmale nach Ausländern – gar einer bestimmten Herkunft – gesucht werden soll, wäre nach geltendem Gesetz schlicht illegal.). Nur, es wurden keine Waffen und auch keine Drogen gefunden, wohl aber wurde „bei dieser guten Gelegenheit" ein älterer Mann chinesischer Herkunft festgenommen, der sich in oder neben dem Café befunden hatte und der keine gültigen Aufenthaltspapiere besitzt. Er hatte seinerseits seine beiden kleinen Enkelkinder vom Kindergarten abholen wollen.




Plakat von Sebastian Haustein beim Wettbewerb von „kein mensch ist illegal", Köln



#### Kollektiver Widerstand gegen Abschiebungsdrohung

Aber dann passierte es: Dutzende von Eltern stellten sich dazwischen, forderten die Freilassung des Festgenommenen und hinderten die Polizeifahrzeuge am Abfahren. (siehe auch achtminütiges Amateurvideo: http://www.latelelibre.fr/index.php /2007/03/des-maternelles-du-xxeme-a-paris-sous-tension; vgl auch http: //www. 20minutes.fr/article/147686/2007 0323-France-Les-incidents-de-la-rue-Rampal-filme.php, http://luc.deb.free.fr/ rampal/ Rampal-20-03-07.mp4 http://luc.deb. free.fr/rampal/070320rampla.mov) Mehrere Personen legten sich vor dem Polizeiauto, in dem der Einwanderer saß, quer über die Straße und wurden auf zum Teil ziemlich unsanfte Weise durch die Beamten geräumt. Dabei griffen die entnervten Beamten auch zum Knüppel, drohten damit, ihre beiden Hunde ohne Maulkorb auf die Menge loszulassen, und setzten (was auf dem Video nicht zu sehen ist) auch Tränengas ein – pünktlich zu dem Zeitpunkt, als die Kinder aus dem Kindergarten zu strömen anfingen. Mehrere Kinder bekamen Tränengas ab und/oder stehen aufgrund der für sie traumatisierenden Bilder unter Schock.

Valérie Boukobza, die Leiterin des Kindergartens, befand sich zu dem Zeitpunkt im Inneren und öffnete unter dem Eindruck des Geschehens erneut die Türen, um die Kinder wieder hinein zu lassen. Anscheinend stellte sie sich bei den Ereignissen auch zwischen die Polizisten und die Protestierenden. Auf jeden Fall wurde ihr dies wenige Tage später dann zum Vorwurf gemacht.

Alle Lehrergewerkschaften, darunter die beiden größten Verbände (FSU und UNSA-Education) sowie die linke Basisgewerkschaft SUD Education, welcher Valérie Boukobza angehört, protestierten energisch gegen das Vorgehen der Polizei. Bereits während ihres Verhörs am Freitag, 23. März versammelten sich rund 100 Personen, darunter viele Lehrergewerkschafter/innen, vor dem Kommissariat im 19. Pariser Arrondissement

An einer kurzfristig anberaumten Protestdemonstration gegen die Verhaftung der Kindergartendirektorin Valérie Boukobza nahmen am Montag Abend, 26. März vor dem Pariser Rektorat dann rund 2.500 Menschen teil. (‚Le Monde' schrieb von circa 2.000 TeilnehmerInnen, ‚Libération' von 2.500.) Dabei sammelten sich Eltern, Angehörige fast aller Lehrergewerkschaften, Antirassisten und Sans papiers in einer bunten Mischung vor dem Pariser Rektorat, in der Nähe der Sorbonne. Hinzu kamen Vertreter von KP und Sozialdemokraten mitsamt ihren (durch blau-weiß-rote Schärpen kenntlichen) Stadtverordneten. „Noch selten hat man so viele Sozialisten bei einer Demonstration für die Sans papiers gesehen", konstatierte – in unmittelbarer Nähe des Autors die parteilose und auf einer KP-Liste gewählte Stadtverordnete Clémentine Autain gegenüber dem Alttrotzkisten Alain Krivine ironisch. Sollten Wahlkampfzeiten doch manchmal auch ihr Gutes haben?

Der Pariser Stadtrat hatte sogar um 18 Uhr seine Sitzung unterbrochen, „um den Mitgliedern der (rosa-rot-grünen) Mehrheit die Teilnahme an der Kundgebung zu ermöglichen", wie durchgesagt wurde.

Der Versuch eines eher sozialdemokratischen Kundgebungsredners, die Marseillaise anstimmen zu lassen, scheiterte jedoch kläglich: Einige Teilnehmer/innen in den ersten Reihen pfiffen, andere sangen lieber die ‚Internationale'.

Eine Delegation wurde nach längerem Hin und Her vom Rektorat empfangen. Die Delegierten forderten die Schulbehörde dazu auf, sich hinter ihre Untergebene Valérie Boukobza zu stellen, aber die Gespräche verliefen letztendlich ergebnislos. Abgesehen vom Austausch von Höflichkeitsfloskeln kam nichts dabei heraus.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft jedoch mitgeteilt, es würde kein Strafverfahren gegen Valérie Boukobza eingeleitet bzw. weiterverfolgt. Diese Nachricht traf am vorigen Donnerstag ein. Dennoch riefen am Freitag, 30. März alle in den Grundschulen vertretenen Lehrer/innen-Gewerkschaften zu einem kollektiven Ausstand aus Protest gegen die vorherige Strafdrohung auf und hielten ihren Aufruf auch hernach noch aufrecht. Der Streik hat am Freitag tatsächlich stattgefunden und wurde vor allem im Pariser Osten (19./20. Arrondissement) befolgt.

**Reaktionen**

Gleichzeitig haben zahlreiche Eltern des betroffenen Kindergartens Anzeige bei der Inspection Générale des Services (IGS, „Allgemeine Dienstinspektion") erstattet. Die IGS ist eine für die Kontrolle möglicher rechtswidriger Praktiken der Polizei und für die Untersuchung von Vorwürfen bezüglich Polizeigewalt zuständige Behörde. Am vorigen Montag wollten Eltern und Erzieher/innen des Kindergartens vor dem Gebäude der IGS im 12. Pariser Bezirk Schlange stehen. Ihr Auftritt wurde jedoch verschoben, um die Klage noch besser vorzubereiten, d.h. auf hieb- und stichfeste Beweise, auf Dokumente und Zeugenaussagen zu stützen. Unterdessen hat die rechtslastige Polizeigewerkschaft Alliance ihrerseits angekündigt, Strafanzeige gegen die Eltern wegen „Diffamierung" ihrer Beamtenkollegen zu erstatten. Die Polizistengewerkschaft forderte das Innenministerium auf, strafrechtlich gegen „falsche Vorwürfe" vorzugehen. Ein solches Vorgehen ist in Fällen, in denen der Polizei Gewalttätigkeit und/oder illegale Verhaftungsaktionen nach Aussehen und Herkunft öffentlich vorgeworfen werden, durchaus üblich.

Auch die Politik reagierte überwiegend mit Empörung auf diese Ereignisse in unmittelbarer Nähe zu einem Kindergarten und das polizeiliche Vorgehen gegen Leiterin und Eltern. „Mit Ausnahme des (rechtsextremen) Front National und der (konservativen Regierungspartei) UMP", so die Formulierung der bürgerlichen Sonntagszeitung JDD/Journal du dimanche, solidarisierten sich alle politischen Kräfte mit den Betroffenen. Von der radikalen Linken bis hin zum christdemokratischen Zentrumspolitiker und Präsidentschaftskandidaten François Bayrou – der erklärte, das von ihm gewünschte „Frankreich sieht nicht so aus" wie der Polizeieinsatz von Belleville – verurteilten unterschiedliche politische Vertreter das Vorgehen der Uniformierten.

Der sozialdemokratische Bezirksbürgermeister des 19. Arrondissements, Roger Madec, und sein Parteikollege auf dem Oberbürgermeistersessel von Paris – Bertrand Delanoë – kritisierten den Polizeieinsatz vor einem Kindergarten. Delanoë bot Madame Boukobza an, ihr die Dienste von William Bourdon (eines prominenten linken Anwalts) zu bezahlen.

Der am Montag, 26. März nun „endlich" (aufgrund des näherrückenden Wahltermins) aus dem Amt geschiedene Innenminister und konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy hat seinerseits das Vorgehen der Polizei verteidigt. „Es ist interessant zu beobachten, dass die Linke mich immer dann auffordert, eine Entscheidung der Justiz nicht zu respektieren, wenn sie ihnen nicht passt" kommentierte Sarkozy von den französischen Antilleninseln aus, wo er sich zu Wahlkampfzwecken aufhielt. Dass es sich um eine „Justizentscheidung" handele, die dem Polizeieinsatz zugrunde liege, wurde zwei Tage später im ‚Journal du dimanche' durch die Pariser Staatsanwaltschaft freilich dementiert: Man habe die Durchsuchung im Café (und die Verhaftung des Sans papiers im Anschluss daran) nicht angeordnet, sondern lediglich „autorisiert". Das bedeutet wohl, dass die Polizei einen Blankoscheck für Einsätze in einer bestimmten Zone erhielt, die sie für nahezu beliebige Aufgriffe nutzen kann… Trotz seiner prinzipiellen Verteidigung des Einsatzes hat Sarkozy aber inzwischen begonnen zurück zu rudern. Am Freitag, 23. März ordnete er ebenfalls an, dass keine Polizeieinsätze zur Verhaftung von Sans papiers mehr „in oder vor einem Schul- (oder Kindergarten)gebäude" erfolgten dürften.

Im Nachhinein hat die Affäre um die Kindergartendirektorin tatsächlich zu einer gewissen Polarisierung auch zwischen der etablierten Linken und dem konservativen Bürgerblock geführt. So verteilten am Sonntag (1. April) im 19. Pariser Arrondissement die Mitglieder und Wahlhelfer/innen der „Sozialistischen" Partei Flugblätter, die immerhin den korrekten Titel trugen: „Schluss mit der Jagd auf Sans papiers!" Hingegen verteilten die Herren von der UMP Zettel, auf denen ihr örtlicher Parlamentskandidat unter der Überschrift: „Ereignis in der rue Rampal: Schluss mit den Amalgamen (= missbräuchlichen Tatsachenvermischungen, Anm. d. Ü.), stellen wir die Wahrheit wieder her" seine Sicht der Dinge darstellte. Dort heißt es unter anderem: „Seit langem sind die Straßen von Belleville Schauplatz gewalttätiger Aggressionen. Im Rahmen ihrer Aufgaben (...) hat die Polizei auf Verlangen des Staatsanwalts hin Kontrollen in diesen Straßen vorgenommen. Da(bei) hat sie nur ihre Arbeit verrichtet. Sans papiers (ohne Papiere) in Frankreich zu sein, ist bis zum Beweis des Gegenteils illegal; die Polizei, die eine Person ohne Papiere festnimmt, geht nur ihren Verpflichtungen im Rahmen ihrer Aufgaben nach." Usw. usf. Die UMP verteidigt so das Vorgehen der Polizei und stellt – assoziativ – einen Zusammenhang zwischen „illegaler" Einwanderung und Kriminalität her.

**Die Gegenoffensive von Rechts**

Zu Anfang voriger Woche befand sich die politische Rechte, infolge der Solidaritätsmobilisierung für Valérie Boukobza, noch tendenziell in der Defensive. Und dann kam, schon ab dem Abend des folgenden Tages, der schwere Gegenschlag des Pendels, nachdem es am Dienstag am Pariser Nordbahnhof ziemlich gescheppert hatte. Das bedeutet nicht, dass die regierende Rechte die „Ereignisse" etwa bestellt hätte, wie im Umlauf befindliche Gerüchte zumindest andeuten. Solche Geschehnisse lassen sich nicht auf Knopfdruck abrufen. Allerdings widerspiegeln sie ein tatsächlich vorhandenes Klima, das in hohem Maße durch die politische Figur Nicolas Sarkozy geprägt worden ist.

„Die Autorität ist auf unserer Seite. Die Schwarzfahrer, Aufrührer und Gewalttäter finden sich auf der anderen Seite", also auf der Linken. Mit diesen Worten machte Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy am Mittwoch, 28. März die innenpolitischen Fronten auf einer Großveranstaltung im nordfranzösischen Lille klar. Er reagierte so auf die Ereignisse vom Vorabend, bei denen rund 300 bis 400 überwiegend junge Leute mehrere Stunden lang im Pariser Nordbahnhof randaliert und sich Auseinandersetzungen mit starken Polizeikräften geliefert hatten. „Wenn Frau Royal alle Sans papiers legalisieren möchte und wenn die Linke auf der Seite derer stehen möchte, die ihre Fahrkarte nicht bezahlen, dann ist das ihre Sache" tönte Sarkozy. „Die Ereignisse von der Gare du Nord lassen den Rechts-Links-Gegensatz wieder aufleben" drückte die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro'dieselbe Idee auf ihrer Titelseite aus.

Passiert war Folgendes: Am späten Nachmittag des vorigen Dienstag wurde der 32-jährige kongolesische Staatsbürger Angelo H., der in der Pariser Vorstadt Sevran lebt, an der Gare du Nord von Fahrkartenkontrolleuren angehalten. Er trug keinen Fahrausweis bei sich. Daraufhin wurde er durch die Angestellten der Pariser Verkehrsbetriebe auf unsanfte Art festgenommen und zu ihrem Kontrollposten innerhalb der Gare du Nord gebracht. (Nach Angaben der Kontrolleure freilich soll Angelo H. einem von ihnen einen Kopfstoß versetzt haben, was durch

## Abschiebeschutz für Engin Celik abgelehnt

HAMBURG. Am 19. März hat das Verwaltungsgericht Schleswig den Abschiebeschutz für den kurdischen Künstler Engin Celik abgelehnt und ein Haftbefehl ist erlassen worden. Während seit Monaten die Repression gegen kurdische und türkische RegierungskritikerInnen in der Türkei massiv ansteigt, bescheinigt die Verwaltungsrichterin der Türkei große Fortschritte bezüglich Demokratie und Menschenrechte. Selbst der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amts ist kritischer als die Darstellung des Gerichts. So heißt es im Ablehnungsbeschluss, „dass sich die Menschenrechtslage bezüglich Folter und Misshandlung im Vergleich zu Situationen in den Jahren vor 2001 erheblich verbessert hat. Die AKP-Regierung hat alle gesetzgeberischen Mittel eingesetzt, Folter und Misshandlung im Rahmen einer „Null-Toleranz-Politik" zu unterbinden. Selbst von den Menschenrechtsorganisationen wird mitgeteilt, dass Fälle schwerer Folter nur noch vereinzelt vorkommen."

Das Auswärtige Amt spricht dagegen im Januar 2007 von einem längst wieder rückläufigem Prozess. Menschenrechtsorganisationen haben bereits den Dialog mit der Regierung wieder abgebrochen, da den staatlichen Stellen der Wille zur Änderung fehlt. In der Tat ist wöchentlich von willkürlichen Festnahmen, Bedrohungen und Misshandlungen zu hören. Verbote von Publikationen und hartes Vorgehen der Sicherheitskräfte sind die Regel. (...) Die Richterin zeichnet ein schönes Wunschbild der Türkei, um das Asylgesuch Herrn Celiks abzulehnen. Weiterhin wird behauptet, Herr Celik sei unverfolgt nach Deutschland eingereist, weil er keine Dokumente über die Ereignisse kurz vor seiner Einreise vorlegen kann.

Dass Herr Celik in den MKP-nahen Exil-Organisationen ADGH und ADHF aktiv ist und im europäischen Jugendverband im Vorstand sowie verantwortlich für die Kulturarbeit gewählt wurde, darin sieht das Gericht keine Gefährdung. Celik sei ein Gefolgsmann dieser Organisationen, kein treibender, einflussreicher politischer Aktivist: „Im Internet ist die Geschichte des Antragstellers vielfältig und leicht zu finden. Dies wird auch den türkischen Sicherheitskräften mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bekannt geworden sein. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass der Antragsteller bei seiner Rückkehr in die Türkei erkannt wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dem Antragsteller bei einer Rückkehr mit überwiegender Wahrscheinlichkeit menschenrechtswidrige Behandlung droht." so das Gericht. Mit dieser Feststellung und der widersinnigen Schlussfolgerung macht sich das Gericht zum Komplizen des türkischen Staates bei der Bekämpfung seiner KritikerInnen.

Wir setzen den Kampf für die Sicherheit Engin Celiks und die Menschenrechte fort. Wir werden bald weitere Planungen bekannt geben und rufen auf, je schwerer der Weg auch wird, nicht aufzugeben. Am Ende werden Gerechtigkeit und Menschlichkeit siegen.

*Karawane Hamburg, 21.03.2007* ■

## München-Pass auch für Asylbewerber und Flüchtlinge

MÜNCHEN. Brigitte Wolf, Stadträtin der Linkspartei, hat beantragt, dass der Stadtrat den Personenkreis, der den München-Pass erhalten kann, auf Asylbewerber/innen und Flüchtlinge erweitert wird, die in München leben und Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben.

Der München-Pass ermöglicht viele Vergünstigungen bei städtischen (MVG, Schwimmbäder, Museen) und nichtstädtischen Einrichtungen (Kinos, Tierpark) für Münchner Bürgerinnen und Bürger, die nur über ein sehr geringes Einkommen (innerhalb der Grenzen von SGB II oder SGB XII) verfügen.

Asylbewerber/innen und Flüchtlinge mit Duldung, die über kein gesichertes Aufenthaltsrecht verfügen, sind bisher ausgenommen. Diese Menschen verfügen aber oft nur über ein Taschengeld. Es ist nicht einzusehen, dass sie die Vergünstigungen durch den München-Pass nicht erhalten sollen, die ihnen ein „normales Leben" etwas erleichtern. Insbesondere, da viele Asylverfahren sich über Jahre hin ziehen und Andere über Jahre

---

ihn selbst und eine Reihe von Augenzeugen dementiert wird.) Eine Reihe jüngerer Beobachter der Szene sammelten sich daraufhin vor dem Kontrollposten, protestierten und forderten die Freilassung des jungen Mannes. Dass die Angelegenheit in den folgenden Stunden mächtig eskalierte, hat mit den örtlichen Gegebenheiten zu tun: Die Gare du Nord, der drittgrößte Bahnhof der Welt, besteht in ihrem unterirdischen Teil aus einem mehrere hundert Meter langen Schlauch, der zwei Métrostationen miteinander verbindet. An diesen Schlauch sind die Ankunft- und Abfahrtbahnsteige mehrerer Vorortzüge, die in die nördlichen und östlichen Pariser Banlieues fahren, angedockt. Deswegen ist der riesige Schlauch auch ein regelmäßiger Treffpunkt und Aufenthaltsort für viele migrantische Jugendliche, die hier im Pariser Stadtgebiet ankommen – und regelmäßiger Schauplatz von Kontrollen, die manchmal musclé (muskelbewehrt), also schlagkräftig, ausfallen.

An diesem Abend versuchte eine größere Zahl von Anwesenden, ihrem Unmut endlich einmal Luft zu verschaffen. Der spontane Protest wurde zum Ventil für häufig erlittene Frustrationen. Die Spannung wuchs. Es wurden Parolen gegen Nicolas Sarkozy gerufen, der in den Augen vieler Jugendlicher aus den Unterklassen und aus Migrantenfamilien wie kein Zweiter zur Hassfigur geworden ist, in der eine Politik für die Reichen und die Verantwortung der Repression personifiziert werden: 1,8 Millionen bisherige Nichtwähler haben sich vor Ablauf des letzten Jahres nach entsprechenden Aufrufen von Bürgerrechtsvereinigungen neu in die Wählerlisten eingetragen, in den Banlieues mehr als andernorts. Es wird vermutet, dass es vielen von ihnen speziell darum geht, gegen Sarkozy zu stimmen.

Gleichzeitig wurden starke zusätzliche Polizeikräfte in den Bahnhof zusammengezogen. Die Situation eskalierte, es flogen Blumentöpfe und Wurfgeschosse auf die Beamten, die ihrerseits mit Tränengas schossen und Mühe hatten, den riesigen Bahnhof mit seinen verschachtelten Gängen komplett evakuieren zu lassen. Wie häufig in solchen unkontrollierten Situationen nutzten auch eine Reihe von Anwesenden die Gelegenheit, um einige Schaufenster einzuwerfen und zu plündern. Die Reaktion fiel hart aus, von den 22 Festgenommenen wurden die ersten beiden binnen 48 Stunden zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt.

Wie sich Ende vergangener Woche herausstellte, hatten der ehemalige Innenminister und sein Amtsnachfolger François Baroin in den ersten Tagen gelogen, als sie behaupteten, Angelo H. sei „ein illegaler Einwanderer, der sich seit 15 Jahren gesetzeswidrig in Frankreich aufhält und 22 Vorstrafen hat". Es wäre auch kaum vorstellbar, dass er in einem solchen Falle nicht längst abgeschoben worden wäre. Infolge einer Intervention seines Anwalts wurde jedoch in den Zeitungen publik, dass er keineswegs „illegal" nach Frankreich kam, sondern im Alter von zehn Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung gesetzmäßig einreiste. Zudem hatte er nicht 22 Vorstrafen, sondern ihrer sieben, von denen sechs – wegen kleinerer Diebstähle und Dummheiten im Jugendalter – schon deutlich mehr als ein Jahrzehnt zurücklagen.

Die Assoziationskette aus „illegalen Einwanderern", Gesetzesbruch, Gewalt und Aufruhr – manche Medien sprachen gar von „Stadtguerilla" – war aber wohl in vielen Köpfen schon längst hergestellt worden. *Bernhard Schmid, Paris* ■

mit dem Aufenthaltstitel der „Duldung“ auskommen müssen. *Brigitte Wolf Stadträtin Linkspartei.PDS* ■

## Unterstützung tut not!

STUTTGART. Mehr als 200 Menschen – kurdischer, deutscher und anderer Herkunft – folgten am 23. März 2007 der Einladung der Deutsch-Kurdischen Gesellschaftsinitiative zum Newroz-Fest 2007. Dieser Verein hat sich mit dem Ziel gegründet, vor allem durch Kurse und kulturelle Veranstaltungen die hier lebenden Menschen kurdischer Herkunft in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

In Deutschland werden auf der Grundlage des PKK-Verbots immer noch kurdische Menschen verfolgt, die sich für die demokratischen und sozialen Rechte der kurdischen Bevölkerung in den Staaten einsetzen, wo sie als Minderheit unterdrückt werden. Dieses Verbot ist kontraproduktiv. Statt mit allen beteiligten Kräften die politische Diskussion zu führen, statt praktikable Lösungsvorschläge für den Konflikt zu suchen, statt Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituation der kurdischen Bevölkerung in ihren Heimatländern und im Exil zu entwickeln, wurde die stärkste politische Kraft der Kurden isoliert und kriminalisiert. Der Konflikt verläuft weiterhin tragisch. In den 90er Jahren scheiterte in Stuttgart der Versuch, die Isolierung zu überwinden.

Um so erfreulicher ist es, dass Kurden sich nicht entmutigen lassen und erneut eine Initiative starten, um den Dialog, den kulturellen Austausch und das gegenseitige Verständnis voranzubringen. Die erste Veranstaltung war ermutigend. Außer vier Stadträten von SPD, Grünen und der Linken kamen Leute aus kirchlichen und sozialen Einrichtungen, aus den Flüchtlingsfreundeskreisen, aus internationalen Kulturvereinen und der Stadtverwaltung. Der Abend war ein schöner, ein hoffnungsvoller Beginn, dem eine erfolgreiche Entwicklung zu wünschen ist. Mit einer solidarischen Unterstützung aller, die zum Newroz-Fest 2007 kamen, kann es gelingen.

*Ulrike Küstler* ■

## Rassismus in Staaten der EU nimmt zu

BRÜSSEL. Der Rassismus in den europäischen Staaten nimmt eklatant zu. Dies geht aus bislang nicht in den Medien veröffentlichten Daten der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien (EUMC) hervor, die ver.di PUBLIK vor liegen.

So haben zum Beispiel in Dänemark die rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Vorfälle in den Jahren 2000 bis 2005 um fast 70 Prozent zugenommen. In Frankreich waren es im gleichen Zeitraum 34,3 Prozent, in der Slowakei 43,1 Prozent und in Irland 21,2 Prozent. Selbst im toleranten Finnland nahmen die rassistischen Vorfälle von 2000 bis 2004 um 11,5 Prozent zu. In Deutschland gab es von 2001 bis 2005 eine Steigerung um 3,1 Prozent — auf hohem Ausgangsniveau.

Allerdings sind die Zahlen untereinander nicht zu vergleichen. Denn es gibt kein einheitliches Verfahren, wie rassistische oder fremdenfeindliche Taten klassifiziert und erhoben werden. So beobachten einige Staaten tätliche Angriffe, während bei anderen auch Propagandadelikte und Hetzreden mit erfasst werden. EUMC kritisiert deshalb auch, „dass das Problem des Rassismus weiterhin unzureichend dokumentiert ist, und somit vernachlässigt wird“.

Die EUMC, inzwischen aufgegangen in der Europäischen Grundrechteagentur, fordert über eine saubere Statistik hinaus „ EU-weit geltende Rechtsvorschriften, die festlegen, dass ein und dasselbe rassistische und fremdenfeindliche Verhalten überall in der Europäischen Union strafrechtlich geahndet wird“.

Die Wiener Rassismus-Beobachter setzen nun auf den bereits 2001 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, den die Deutsche Ratspräsidentschaft bis Juni umsetzen will. Der jedoch ist innerhalb der EU umstritten.

*aus Publik März 2007* ■

# Kurdisches Neujahrsfest – Newroz im Schatten des Militärs

**Delegationsbericht von Hamide Akbayir**

Millionen Kurden in aller Welt feierten am 21. März 2007 das Freiheitsfest „NEWROZ“. Dabei kam es insbesondere in der Türkei und kurdischen Gebieten zu massiven Repressalien seitens staatlicher Organe. Im Grenzgebiet Irak und Syrien herrschte Ausnahmezustand. Trotz aller Hindernisse und Einschüchterungspolitik versammelten sich allein in der kurdischen Metropole Diyarbakir (Amed) über 800.000 Menschen und feierten das Neujahrsfest, dabei kam es zu heftigen Auseinendersetzungen, über 130 Menschen wurden festgenommen. Die Anmeldungen seitens DTP (Demokratische Gesellschaftspartei) und IHD (Menschenrechtsverein), das Newrozfest an Wochenenden zu feiern, wurden im Gesamtgebiet der Türkei verboten, um eine große Beteiligung zu verhindern. So mussten alle Feierlichkeiten am Mittwoch, den 21.3. stattfinden.

Als 6-köpfige Beobachterdelegation reisten wir vom 17.3.-24.3.07 in die Türkei und die kurdischen Gebiete, um an „Newrozfeierlichkeiten“ und an der internationalen Aktion „Rettet Hasankeyf“ teilzunehmen und unter anderem Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu führen. Es kamen weltweit ca. 130 DelegationsteilnehmerInnen, davon 40 TeilnehmerInnen aus Deutschland. Die Delegationen waren in verschiedenen Städten kurdischer Regionen verteilt, um ihre Unterstützung zu zeigen und Beobachtungen vor Ort zu machen. Zum Zeitpunkt des Newrozfestes befand sich unsere 6-köpfige Delegation im Ausnahmezustandsgebiet Sirnak: Daniela Praznovska, freie Journalistin, Frauenrechtlerin aus München; Gertrud Hoff, Rechtsanwältin aus München; Hamide Akbayir, Vertreterin Die Linke.PDS – NRW, aus Köln; Andreas Butsch, Asta, Uni - Bremen; Martin Eberl, Journalist, Junge Welt und RTL, aus München; Martin Dolzer, Soziologe, Prof. Norman Peach, MdB - Die Linke.PDS aus Bremen.

Am 18.3.07 besuchten wir das Parteibüro der DTP (Demokratische Gesellschaftspartei) sowie IHD (Menschenrechtsverein) und erfuhren ausführlich von den Repressionen und Menschenrechtsverletzungen in Istanbul. Ihre Mitarbeiter, Mitglieder und Sympathisanten sind unter ständiger Beobachtung und ihre Arbeit ist somit sehr gefährdet. Festnahmen und Diskriminierungen sind an der Tagesordnung. Beide Institutionen fordern von Europa, insbesondere von Deutschland, sich für die Menschenrechte und die kurdische Frage einzusetzen und Druck auf die Türkei auszuüben.

Während unseres Gespräches erhielten wir die Nachricht über Operationen in Sirnak und unsere Delegation sollte so schnell wie möglich dort hin fahren. Auf dem Weg nach Sirnak über Cizre und Batman sahen wir Militärlaster für Schwertransporte, Panzerfahrzeuge, 3 Konvois mit jeweils über 15 Mercedes Unimog mit Lafette und Maschinengewehr und Soldaten, Blaue Barette, Englische Militärjeeps. Immer wieder fuhren Mlitärhubschrauber über uns. Für mich war es wie im Krieg. Wir wurden viermal angehalten und einmal wurden unsere Pässe einzeln kontrolliert und registriert.

Am späten Nachmittag erreichten wir die Stadt Sirnak im Ausnahmezustand, überall sah man Soldaten, Polizisten und Militärjeeps und einige Panzerfahrzeuge. In den Straßen von Sirnak sahen wir ein Folterhaus mit unterirdischen Geschossen und eine Jandarma Kaserne daneben.

In Sirnak führten wir ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der DTP und mit der DTP-Stadträtin und einem DTP-Bezirksvertreter. Sie erzählten, dass seit einem Monat die Vorbereitungen von Operationen stattfinden, seit 3 Tagen jedoch ganz massiv, verstärkte Truppenkonzentration, Spezialeinheiten in Cudi-, Gabar- und Bestaberg. Die Sondereinheiten kommen aus den Städten Bolu, Sivas und Kayseri. Laut Bericht der Dorfbewohner soll es am Berg Gabar Schüsse gegeben haben, eine Leiche soll von den Soldaten in der Nähe des Friedhofs begraben worden sein. Wegen der zugespitzten Lage traut sich niemand zum Friedhof zu gehen und sie auszugraben, um sie zu identifizieren.

In Sirnak gibt es 10 Kontroll-Stützpunkte. Auch hier erfuhren wir über die Repressalien gegen die Parteimitglieder. Innerhalb eines Monats sollen 7 Mitglieder und 3 Vorstandsmitglieder der DTP verhaftet worden sein. Familien der Gefangenen berichteten über sichtbare Folter am Körper und deren psychischen Zustand. Auch die Familienangehörigen sind ständigem Druck ausgesetzt. In der Kommune Sirnaks sind zwei Parteien vertreten. DTP und AKP. DTP hat 17 Stadträte, davon 4 Frauen und AKP 8 Männer. Alle Vertreter waren der Meinung, dass die EU eine große Rolle für die Herstellung der Menschenrechte in der Türkei spielen könnte.

Am 20.3, am Newroz-Vortag zündet man traditionell das Newrozfeuer und springt über das Feuer und tanzt um das Feuer. In der Provinz Uludere von Sirnak soll am Vortag des Newrozfestes die Polizei ins Feuer geschossen haben, dabei seien 3 Menschen verletzt und einer davon schwer. Nach dem wir das erfuhren, gingen wir ins Krankenhaus in Sirnak und wollten etwas über den Gesundheitszustand des Verletzten erfahren. Der Oberarzt berichtete, dass sie ihn erfolgreich operiert haben und zwei Kugeln aus seinen Rippen entfernt haben. Wir bekamen die Möglichkeit, den Verletzten in seinem Zimmer zu besuchen, er war immer noch im Koma. Seine Familie wollte uns aber keine Auskunft über das Geschehnis geben.


Newrozfeier in Sirnak

**NEWROZ in Sirnak**

Schon in den frühen Morgenstunden hörten wir überall kurdische Musik auf den Straßen. Wir waren um 9.00 Uhr am Sammelplatz. Die Männer in traditionellen Anzügen waren schon vor uns am Sammelplatz, Frauen und Kinder in traditionellen Trachten kamen nach und nach dazu. Es gab 3 Kontrollpunkte zur Sammelstelle, umzingelt von bewaffneten Polizisten und Sicherheitskräften und Paramiltäreinheiten. Immer wieder hörten wir Militärhubschrauber über uns fliegen. Nach strenger Kontrolle erreichten wir die Sammelstelle. Das Programm begann um 10.00 Uhr.

Es gab Redebeiträge von DTP- Vorsitzenden, von DÖKH, von einer Friedensmutter und Sirnaks Bezirksvertreter. Immer wieder wurden Parolen wie „Stoppt die Operationen“, „ Frieden jetzt“, „ Gesundheit Öcalans ist unsere Gesundheit“, „ Frau, Leben, Freiheit“. Das Fest verlief zwar noch friedlich, es gab aber 10 Verhaftungen, Kinder und Frauen. Später erfuhren wir, dass sie wieder freigelassen worden sind. Mit einer Beteiligung von ca. 20.000 Menschen (Einwohnerzahl von Sirnak: ca. 45.000) war die Sehnsucht dieser Menschen nach Frieden und Freiheit nicht übersehbar.

**Internationale Kampagne „Rettet Hasankeyf“**

Am 23.3. beteiligten wir uns an der internationalen Aktion gegen den Ilisu Staudamm in Hasankeyf. Die historische Stadt Hasankeyf und hunderte andere antike Kulturgüter im Tigristal würden durch den Bau des Ilisu-Staudamms unter Wasser sinken. Zur Zeit unterstützen Deutschland, Österreich und die Schweiz den Staudammbau durch ihre Exportbürgschaft.

Unter dem Motto „ Rettet Hasankeyf“, versammelten sich 130 Menschen in der Nähe der Stadt Hasankeyf und eröffneten einen Kulturpark. Zum größten Teil kamen die Delegierten aus Europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz, Österreich, Slowakei, Italien, Großbritannien, Baskenland in die kurdische Region. Die größte und gut vorbereitete Gruppe mit 65 TeilnehmerInnen kam aus Italien .

Es gab Redebeiträge von Bürgermeister Hasankeyfs Abdul Vahap Kusen und des Vertreters der Initiative „Rettet Hasankeyf“. Bianca Jagger, internationale Menschenrechtskampagnerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises, forderte von den beteiligten Regierungen, keine Exportbürgschaft zu gewähren. Ausdrücklich forderte sie Kanzlerin Angela Merkel als aktuelle Ratspräsidentin auf, keine Bürgschaft für dieses Projekt zu genehmigen.

Die Initiative „Rettet Hasankeyf“ wird auch von 16 deutschen und österreichischen Europaabgeordneten sowie 25 Abgeordneten des deutschen Bundestages unterstützt. In einer Grußbotschaft bekräftigten die Abgeordneten ihre Ablehnung des Projektes.

Nach einer Pressekonferenz weihte Fr. Bianca Jagger mit dem Bürgermeister, sowie lokalen und internationalen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und zahlreichen Gästen aus ganz Europa und der Türkei einen „Park der Hoffnung und Solidarität“ in Hasankeyf ein. Es wurden über 100 Bäume als ein Symbol für Frieden und Hoffnung in einer feierlichen Zeremonie am Ufer des Tigris gepflanzt. ■


Einweihung des Parks in Hasankeyf

## Stolpersteine – alltägliche Erinnerung an die Opfer des Faschismus

Über 7000 sog. „Stolpersteine“, in den Bürgersteig eingelassene Messingplatten für Opfer des Nationalsozialismus, haben die Erinnerungskultur in Deutschland bereichert. Mit ihnen befassen sich die von der Historikerin Beate Meyer versammelten Beiträge mit Hamburger Schwerpunkt. Die Einbettung dieser Mahnmale in die Stadtteile hole das Gedenken, so die Herausgeberin, ins „alltägliche() Leben“ – auch als „Kontrapunkt zu den großen, aus dem Alltag ausgelagerten Gedenkorten“. Das Buch ist allen zu empfehlen, die sich dafür einsetzen möchten, dass die Erinnerung an die im Faschismus Ermordeten nicht verblasst. Insbesondere interessierte SchülerInnengruppen, Geschichtswerkstätten oder Antifa-Initiativen werden hier wertvolle Unterstützung für ihre Arbeit finden.

Die Widerstände, die es in Hamburg zu überwinden galt, dürften typisch für den Umgang mit den NS-Verbrechen in ganz Deutschland sein. Das Tiefbauamt versuchte, die Verlegung der ersten Stolpersteine zu verhindern, weil deren Rutschfestigkeit nicht nachgewiesen sei, der Bezirk Bergedorf wollte jede Steinsetzung unterbinden, weil die Häuser, vor denen sie hätten platziert werden sollen, an Wert verlören. Auch etliche BürgerInnen stellten sich quer. „In diesem Sinne bildet der einzelne Stolperstein einen Stachel und einen Prüfstein, wie ehrlich wir mit uns sind“, heißt es im Vorwort.

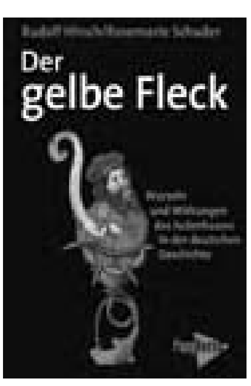
Der Band bietet mehrere historische Beiträge, v.a. über die Deportation der jüdischen Bevölkerung Hamburgs. Berichte Überlebender über ihre Verfolgung und das Grauen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ergänzen das Buch. Im Anhang wird ein Rundgang durch’s Grindelviertel – wo viele Jüdinnen und Juden lebten – vorgeschlagen mit Erläuterungen zur Verfolgungsgeschichte und je einem kurzen Beitrag zu jedem, dessen auf diesem Weg gedacht wird. *F* ■

**Beate Meyer (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung, Wallstein Vlg., Göttingen 2006, 232 S., 19 Euro**

## Der gelbe Fleck

Kürzlich wurde in der Schweriner Volkszeitung ein angebliches Tabu-Thema aufgegriffen – die These vom Ritualmord der Juden an Christenkindern. Das Jahrhunderte alte Vorurteil hat sich, trotz unter Folter erzwungener angeblicher Beweise, trotz päpstlicher Zurückweisung dieser These und ganzer Konferenzen im Mittelalter, die regelmäßig deren Absurdität belegten, bis heute in vielen Köpfen erhalten. Das Lokalblatt distanzierte sich zwar von dem Vorurteil, unternahm aber keine Anstrengungen, die Herkunft und die historischen Wurzel des Antisemitismus dem interessierten Leser näher zu bringen.

Dies leistet das bereits 1989 erschiene Buch „Der gelbe Fleck“ von Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch. Wiederholte Auflagen bis in die jüngste Zeit hinein belegen das beständige Interesse der Leser an diesem Thema. Angesichts eines stabilen Anteils antisemitischer Vorurteile in Teilen der Bevölkerung (Vom Rand zur Mitte, Friedrich-Ebert-Stiftung 2006) ist das Buch ein guter Fundus zur gezielten Auseinandersetzung mit den historischen Fakten der fast tausendjährigen Ausgrenzung jüdischer Bürger und der Verfestigung antisemitischer Vorurteile. Ein Phänomen, auf das auch die Nazis geschickt zurückgriffen und große Bevölkerungsteile emotional instrumentalisierten. Der Holocaust ist letztlich auch ein Resultat nichtaufgeklärten Antisemitismus‘.




Jahrhunderte lang näherten Christen den Hass auf die Juden. Sie gaben ihnen die Schuld an Unglück und Katastrophen. Wie kam es zu diesem Hass ?

Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder decken die gesellschaftlichen, ideologischen und sozialpsychologischen Quellen auf, aus denen sich Antisemitismus und Judenhass speisten. Sie beschreiben, welchen sich wandelnden Diskriminierungen und Repressionen die im deutschen Sprachraum lebenden Juden ausgesetzt waren und mit welchen Vorurteilen diese gerechtfertigt wurden. So wurde beispielsweise die Zeit der Pest nicht zufällig von einem Anwachsen des Antisemitismus begleitet.

Die Autoren zeigen aber auch auf, wie sich die wirtschaftliche Situation und die soziale Stellung der jüdischen Bevölkerung veränderte. Parallel entwickelten sich Lebensweise, Tradition, Kunst und Kultur. Die wirtschaftliche Kraft und Innovationsfähigkeit der jüdischen Mitbürger beförderte schließlich den Sprung aus dem Mittelalter hin zum frühkapitalistischen Aufbruch in Religion, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft. Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch haben mit ihrem reich illustriertem Buch einen eindrucksvollen Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden vorgelegt.

*Dr. Axel Holz* ■

**Rudolf Hirsch / Rosemarie Schuder: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkung des Judenhasses in der deutschen Geschichte, PapyRossa, Berlin 2006, 766 Seiten, 28 Euro**

## EU-Beitritt aus kurdischer Perspektive

Aus unseren Tages- und Wochenzeitungen erfahren wir die Ansichten unserer Regierungen und Parteien zum EU-Beitritt der Türkei, auch die bekannter türkischer Persönlichkeiten und Institutionen, gelegentlich die anderer Regierungen aus EU-Staaten – aber nur selten lesen wir etwas über die Positionen von Kurden zur Beitrittsfrage.

Hier schafft die 2005 an der „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“ (HWP) als Diplomarbeit durchgeführte Untersuchung Abhilfe. Sebahattin Topçuoglu interviewte zwölf Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft in der Türkei und wertete die Antworten aus. Das Ergebnis fasst Prof. Norman Paech in seinem Vorwort zu der Arbeit so zusammen:

„Übereinstimmend sehen die kurdischen Repräsentanten den vor ihnen liegenden Beitrittsprozess als historische Chance für die Entwicklung der Menschenrechte und Demokratie in der Türkei an. Sie halten die gesetzlichen Reformen der vergangenen Jahre zwar für wichtig, schätzen sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Aus ihrer eigenen Erfahrung können sie dabei auf die große Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Reformen und der Umsetzung in der Praxis verweisen. Die Reformen haben nicht wirklich grundlegend zu einer Mentalitätsänderung im gesellschaftlichen Leben und im Staatsapparat geführt. Sie vermuten, dass die Oberflächlichkeit des Reformprozesses darauf zurückzuführen ist, dass er nur auf Grund des Druckes der EU in Gang gesetzt wurde. Nicht nur das Militär, sondern offensichtlich alle türkischen staatlichen Institutionen und Parteien tragen an dieser Fehlentwicklung Schuld.

Deutlich wird bei dieser Befragung auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Ihr ist die Zypernfrage immer noch wichtiger, obwohl oder vielleicht gerade weil sie ungleich weniger komplex ist als die Kurdenfrage. Die Nato hat sich trotz der langjährigen Mitgliedschaft der Türkei nie um die Frage der Menschenrechte und Kurden gekümmert.

Das Minderheitenkonzept der EU bietet für die Kurden ebenso wenig eine politische Lösung wie die Kopenhagener Kriterien, da beide sich auf die individuellen Menschenrechte der Einzelnen beziehen und nicht die kollektiven Rechte eines großen Volkes wie das der Kurden von ca. 15 Millionen Angehörigen garantieren. Die Skepsis vieler Kurden nährt sich auch aus der Tatsache, dass sie faktisch nicht an dem Verhandlungsprozess des Beitritts beteiligt sind.

Nach wie vor werden ihre politischen Organisationen unterdrückt und illegalisiert. Umso mehr projizieren sie ihre Hoffnungen und Wünsche auf die europäischen Staaten und Parteien, die Beitrittsverhandlungen zu einer Lösung der kurdischen Frage zu nutzen."

Besonders erfreulich ist, dass alle Interviews im Anhang abgedruckt sind.

*M.* ■

**Sebahattin Topçuoglu: „Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus der kurdischen Perspektive. Eine empirische Untersuchung", GNN, Hamburg, Dezember 2006, kart., 176 Seiten, 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0 Bestelladresse: GNN-Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, email: gnn-hh@hansenet.de**

## Online Film- und Videoverzeichnis

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) hat sein Film- und Videoverzeichnis in aktualisierter und erweiterter Form online auf der Homepage veröffentlicht. Für die Aktualisierung wurden über 250 Filme recherchiert, die unter www.IDAeV.de/antirassismus_filmverzeichnis.htm dokumentiert und in thematische Rubriken eingeteilt sind. Dadurch wird eine gezielte Recherche möglich. In den Rubriken „Rassismus/Antirassismus", „Rechtsextremismus", „Einwanderungsgesellschaft: Interkulturalität", „Einwanderungsgesellschaft: Religion" sowie „Nationalsozialismus und Umgang mit der NS-Geschichte" werden die einzelnen Filme inhaltlich und durch formale Angaben nach Länge und Erscheinungsjahr beschrieben. Das Verzeichnis umfasst sowohl aktuelle Filme als auch Filme, die in der Bildungsarbeit als „Klassiker" gelten. Es bietet einen anschaulichen und informativen Zugang zu Filmen, die in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit eingesetzt werden können. Damit eine gezielte Filmsuche erleichtert wird, sind die einzelnen Rubriken des Verzeichnisses zusätzlich in die Filmgattungen „Dokumentationen", „Spielfilme" und „Kurzfilme" aufgeteilt. Um die Nutzungsfreundlichkeit zu optimieren, wird das Verzeichnis durch Verweise auf Verleihstellen aus dem gesamten Bundesgebiet abgerundet.

Der Einsatz von audiovisuellen Medien ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Jugendarbeit geworden: In Seminaren, auf Workcamps, in Projekten oder Jugendbegegnungen werden Filme eingesetzt, um den Einstieg oder die Vertiefung der bearbeiteten Themen zu erleichtern. Es gibt eine große Auswahl an Filmen, die sich mit der interkulturellen Gesellschaft in Deutschland, der Lebensgestaltung junger Muslime und Muslima, mit Zivilcourage, Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen, dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit oder aktuellen Facetten des Rechtsextremismus auseinandersetzen. Das IDA Film- und Videoverzeichnis des IDA e. V. bietet durch seine inhaltlichen und filmtechnischen Angaben eine Hilfestellung für all diejenigen, die aus dieser Vielzahl den richtigen Film für ihre Veranstaltung suchen.

*Düsseldorf, 28. März 2007*

**IDA e. V., info@IDAeV.de www.idaev.de**

## Europäische „Vertriebenen"-union?

Deutsche, österreichische und italienische Organisationen beschließen an diesem Wochenende die Gründung einer „Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen". Das Gründungstreffen, das am 29.3. begann, findet an der italienisch-kroatischen Grenze statt und verstärkt den Druck auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Die „Vertriebenen" erheben milliardenschwere Eigentumsforderungen und wollen den jüdischen Opfern der NS-Massenvernichtung gleichgestellt werden. Hinter der europäischen Kulisse des Treffens von Triest sind mehrere Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik tätig.

Dem jetzt stattfindenden Treffen an der italienisch-kroatischen Grenze gingen jahrelange Kontakte zwischen deutschen und italienischen Organisationen voraus. Federführend sind der „Bund der Vertriebenen" (BdV) und die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" (SL, Bundesverband). Als Außenstelle im früheren Kampfgebiet der faschistischen Achsenmächte ist die „Unione degli Istriani" tätig. Sie erhebt Ansprüche auf italienische Vorkriegsbesitzungen an der dalmatinischen Adriaküste, die heute zu Kroatien gehört (Pula, Rijeka, Losinj).[1] Das Gebiet war 1944 von jugoslawischen und alliierten Truppenverbänden befreit worden.[2]

Dem Kongress vorgeschaltet ist ein „weltweiter Appell", in dem „Ansprüche" auf konfisziertes Eigentum angemeldet werden.[3] Da jüdischen Gemeinden eine solche Wiedergutmachung zusteht, müssten auch die „Vertriebenen" in den Genuss ähnlicher Rechtstitel kommen, heißt es in Gleichstellung der rassistischen NS-Arisierungen mit politischen Nachkriegsgesetzen souveräner UNO-Mitglieder.[4] Großräumig wird es bei der „Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen" zugehen, deren Proklamation an diesem Wochenende in Triest erwartet wird. Die zukünftige „Verhandlungsstärke" des aus Berlin beschickten Verbandes könne bei den EU-Mitgliedern im Osten ein „beachtliches Gewicht darstellen", heißt es im drohenden Ton der „Vertriebenen", die Milliardenbeträge und Eigentumstitel fordern.[5]

[1] s. dazu Weder Sieger noch Besiegte
[2] Europa unterm Hakenkreuz. Bd. 6, Berlin 1991
[3] Un appello a tutto il mondo per l'istutizione di un forum indipendente competente sulle rivendicazioni delle proprieta confiscate
[4] „Recalling EP resolution (...) on return of plundered property to Jewish communities...", Punkt 19 des Appells.
[5] 1. Internationaler Kongress der Vertriebenen und Flüchtlinge in Europa; Unione degli Istriani 29.03.2007

*stark gekürzter Bericht von german-foreign-policy siehe auch: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56803?PHPSESSID=527s02280in272u4hfa1mhbpv6* ■

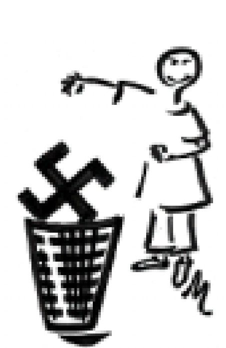
**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

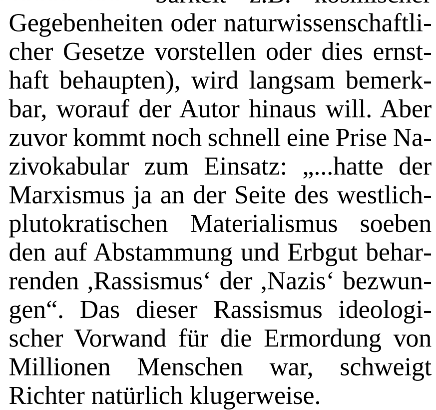
Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

## Zurück zur Natur!

Nation & Europa März 2007

Für das Umschlagbild eines Science-Fiction-Romans könnten Uneingeweihte das Titelbild der Märzausgabe von „Nation & Europa“ halten: Eine große Zahl wie geklonte Barbies und Kens aussehender weißblonder Kinderköpfe mit seltsam starren, leuchtenden Scheinwerferaugen illustrieren das Schwerpunktthema des Heftes: „Gender Mainstreaming: Schöne neue Gleichheit“. Das Thema erscheint für eine Zeitschrift wie N&E eher seltsam, tat sich die rechte doch bisher nicht eben als Vorkämpferin neuer Geschlechterverhältnisse hervor sondern stimmte in dieser Frage völlig mit traditionell konservativ/reaktionären Vorstellungen überein. Daran hat sich, wie nach Lektüre des Beitrages von KARL RICHTER „Neue linke Umerziehungs-Ideologie: Der Gender-Irrsinn“ festzustellen ist, auch nicht das Geringste geändert. Der N&E-Redakteur scheint vielmehr seinen Leser(inne)n einen Schnellkurs in rechter Ungleichheitsideologie geben zu wollen:





Erster Schritt: „Wir leben in einem Zeitalter, das sich zusehends vom Natürlichen abnabelt.... die fortschreitende Denaturierung unserer Lebensverhältnisse und der galoppierende Bildungsverlust der ehemals zivilisierten ‚weißen‘ Gesellschaften der nördlichen Hemisphäre, ist die ideale Brutstätte des Irrsinns“. Damit wäre der wichtigste Begriff, der des „Natürlichen“ eingeführt und gleichzeitig die Behauptung aufgestellt, das Übel bestünde in der Entfernung von diesem angeblichen Naturzustand.

Zweiter Schritt: Einführung der Feinde des Natürlichen. Erstens: „Der Marxismus... Marx’ treibender Impuls war die Fiktion des Klassenkampfes... Alle späteren Revoluzzer und Wortführer der ‚Emanzipation‘ können sich auf Marx berufen, der alle bisherige Geschichte als Wechselspiel der immer gleichen – nämlich antagonistischen sozialen Frontstellung (fehl)interpretierte...“. Zweitens: „Fatale Wirkung entfaltete der Marxismus, als er sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit einer anderen Pseudo-Religion vermengte, dem Freudianismus“.

Dritter Schritt: Was aber macht diese beiden wichtigsten geistigen Erscheinungen des 20. Jahrhunderts zu Feinden des Natürlichen? „Beide trafen sich im sektenhaften Glauben an die gesellschaftliche – und nicht genetische – Prägung des Menschen sowie an die beliebige Veränderbarkeit aller Dinge“. Abgesehen davon, dass Richters Behauptung blühender Unsinn ist, weder Marx noch Freud haben jemals behauptet, alle Dinge seien beliebig veränderbar (wer könnte sich schon eine beliebige Veränderbarkeit z.B. kosmischer Gegebenheiten oder naturwissenschaftlicher Gesetze vorstellen oder dies ernsthaft behaupten), wird langsam bemerkbar, worauf der Autor hinaus will. Aber zuvor kommt noch schnell eine Prise Nazivokabular zum Einsatz: „...hatte der Marxismus ja an der Seite des westlich-plutokratischen Materialismus soeben den auf Abstammung und Erbgut beharrenden ‚Rassismus‘ der ‚Nazis‘ bezwungen“. Das dieser Rassismus ideologischer Vorwand für die Ermordung von Millionen Menschen war, schweigt Richter natürlich klugerweise.

Der vierte Schritt, die Schlussfolgerung aus den ersten dreien, braucht nicht einmal mehr formuliert zu werden – sie entsteht automatisch im Bewusstsein der Leser(innen): Die Menschen sind von Natur aus nicht gleich, diese Ungleichheit, die natürlich nicht nur körperliche sondern auch geistige und gesellschaftliche Merkmale umfasst, ist genetisch bedingt und daher auch nicht veränderbar. Daher herrschen „Weiße“ über „Schwarze“, Europäer über Afrikaner, „Germanen“ über „Slawen“, Reiche über Arme – ist Gesellschaft eben so wie sie ist (von der Natur so gewollt) und nicht veränderbar. Wie im Lehrbuch wird an dieser Argumentation sichtbar, wo und wie faschistische Ideologie an die des alten und neuen Konservatismus anknüpft.

Auch so kann die Terrorherrschaft der Nazis normalisiert und reingewaschen werden:

„Wie schon für Bundeswehrsoldaten, so sollen künftig auch für Angehörige der Bundespolizei, des früheren Bundesgrenzschutzes, Auslandseinsätze zur Pflicht werden, jedenfalls wenn es nach dem Bundesinnenministerium geht.... Zuletzt waren größere Kontingente deutscher Polizei in der Sowjetunion und auf dem Balkan im Auslandseinsatz – zusammengefaßt in SS-Polizei-Regimentern und SS-Polizei-Divisionen. Zu ihren Hauptaufgaben im Zweiten Weltkrieg zählte die Sicherung des Hinterlandes und die Partisanenbekämpfung. Auch in Afghanistan will der Widerstand gegen die US-Truppen und ihre Verbündeten einfach nicht erlahmen“. Wenn also die SS-Mörderbanden auch nichts anderes taten als Bundeswehrsoldaten heute, kann ja alles nicht so schlimm gewesen sein.

N&E-Redakteur DETLEV ROSE stellt „Die Systemfrage“: „Wie wandelt man Frust in Widerstand?“. Sein Rat an die Rechtsparteien: Gebt euch seriös! „Deutlich artikulierte Kritik an den demokratischen Defiziten des Regimes, muß einhergehen mit einem seriösen Erscheinungsbild. Das bedeutet auch, nicht nur für Jungwähler und Arbeitslose attraktiv zu sein, sondern tatsächlich ‚in die Mitte der Gesellschaft‘ vorzustoßen, dorthin, wo das Gros der Wähler noch immer auf eine politische Alternativkraft wartet. Den Republikanern, heute nur noch ein Schatten ihrer selbst, war das einst bundesweit gelungen. Auf breiter Front erfolgreich sein kann nur eine Rechtspartei, die zugleich als volksverwurzelt und in Distanz zum etablierten Parteienkartell erlebt wird. Eine Partei, die die bereits Ausgegrenzten und Deklassierten genauso anspricht, wie den ‚Mittelstand‘: die Arbeiter, Angestellten, Handwerker, Freiberufler, Kleinunternehmer, die sich einer stetigen Verschlechterung ihrer Lage gegenübersehen“.

Man darf gespannt sein, wie lange die empfohlene äußerliche Seriosität anhält.

*tri* ■